

# Bei uns in NRW

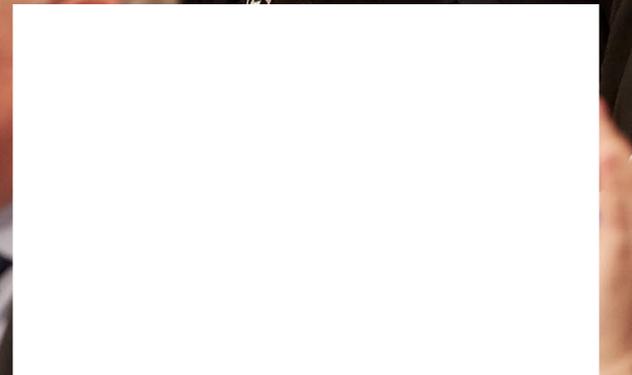
Das Magazin der CDU Nordrhein-Westfalen



Laschet trifft Ministerpräsident Volker Bouffier



29. Bundesparteitag in Essen



# Los geht's!

## Wahlkampfauftakt 2017

**Starten Sie mit uns gemeinsam in den Wahlkampf!**

**Am Samstag, 22. April, ab 10:30 Uhr, Mitsubishi-Electric-Halle, Düsseldorf.**

Nutzen Sie diese Gelegenheit zu einer gemeinsamen Reise mit dem Bus nach Düsseldorf! Informationen dazu erhalten Sie in Ihrer Kreisgeschäftsstelle.

# Vorwärts

für die Sicherheit in NRW.



Dafür mach ich mehr als nur ein Kreuz.

# Vorwärts

für die Straßen in NRW.



Dafür mach ich mehr als nur ein Kreuz.

# Vorwärts

für die Schulen in NRW.



Dafür mach ich mehr als nur ein Kreuz.

„Gute Erfahrungen sind  
der Dünger für Erfolge  
von morgen.“

## Der Server, dessen Innenleben aus einem Team ein erfolgreiches Team macht

**Schlau** Außen orange und innen Seele. SOUL heißt die Software, die die Box zum erstklassigen Teamorganisator macht. Eine Lösung, die alle Beteiligten einfach verbindet und so glatt 60% Emailverkehr einspart. **Sicher** Bei Protonet heißt Datenhoheit, dass alle Daten dableiben, wo sie hingehören: bei den Erzeugern. Die entscheiden dann, wie und mit wem sie sicher und einfach teilen oder mit wem sie Dinge gemeinsam bearbeiten wollen. **Schnell** Man kann warten bis alle fertig sind mit dem Email-Ping-Pong oder dem PDF Hin- und Hergeschiebe. Man kann sich aber auch direkt an der Datei treffen und vor Ort besprechen und entscheiden. Das spart Zeit und Nerven und macht Teamarbeit schnell.

## Gratis Webinar

Für CDU-Aktive, Mandats- und Funktionsträger oder Einfachmehrwissenwollende erklären wir in 30 Minuten live und online die Funktionen und Möglichkeiten der Teamsoftware SOUL.

Mi, 8. März 2017 11:00 Uhr oder Do, 30. März 2017 18:30 Uhr  
Anmeldung [protonet.de/cdu](http://protonet.de/cdu) Email [georg.moeller@protonet.de](mailto:georg.moeller@protonet.de)



Wer uns persönlich treffen will, kann das auf dem Parteitag der CDU NRW am 1. April in Münster. Wir freuen uns.

Liebe Lesenden und Leser,

ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gestartet, für das ich Ihnen Glück, Erfolg und Gottes Segen wünsche.

Das Jahr 2016 hat mit den schrecklichen Ereignissen der Kölner Silvesternacht begonnen und ist mit dem grausamen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche zu Ende gegangen. Diese Angriffe gelten unserer freiheitlichen Lebensweise und unseren Werten. Ziel der Terroristen ist, Schrecken zu verbreiten und unsere freiheitlichen Gesellschaften in Europa zu spalten. Dies dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen gemeinsam und mit aller Kraft für unsere Werte und Ideale eintreten und kämpfen.

Auch die schrecklichen Bilder aus Syrien, der weiter schwelende Ukraine-Konflikt, die Entwicklungen in der Türkei, der Brexit in Großbritannien, die Präsidentschaftswahl in den USA und auch das Erstarken von Populisten in ganz Europa haben uns im vergangenen Jahr in Atem gehalten. Viele haben das Gefühl, die Welt sei aus den Fugen geraten.

Den Sorgen, die viele Menschen angesichts dieser Entwicklungen haben, kann nur wirksam begegnet werden, indem wir unser Nordrhein-Westfalen zu einer starken und zukunftsfesten Heimat machen; indem wir für eine gute Entwicklung im Land sorgen und den Menschen positive Zukunftsperspektiven eröffnen.

Die Politik der rot-grünen Landesregierung bewirkt das Gegenteil. Dadurch, dass unser Land immer weiter zurückfällt und die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre – ins-

besondere bei der Inneren Sicherheit, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie in der Bildungspolitik – immer schwerer wiegen, verstärken sich die Sorgen der Menschen in unserem Land. Umso wichtiger ist es, dass wir für einen Richtungswechsel in Nordrhein-Westfalen sorgen. Nach dem 14. Mai 2017 wollen wir eine Qualitätsoffensive in der Bildungspolitik starten und den ewigen Strukturdebatten ein Ende setzen. Wir wollen Bürokratie abbauen und die Bevormundungspolitik beenden, um so neuen Freiraum für unternehmerische Initiative, für Innovationen und Investitionen zu eröffnen. Wir wollen alle Kräfte mobilisieren, um Sanierung und Ausbau unserer maroden Infrastruktur voranzubringen und den flächendeckenden Breitbandausbau zu beschleunigen. Und wir wollen unsere Polizei und Sicherheitskräfte so stärken und personell ausstatten, dass sich die Menschen in unserem Land zu jeder Zeit und an jedem Ort wieder sicher fühlen können.

Wir haben sehr gute Chancen, erfolgreich zu sein, davon bin ich fest überzeugt. Für einen Erfolg im Mai müssen wir in den kommenden Wochen weiter zusammenstehen und gemeinsam an einem Strang ziehen. Als Spitzenkandidat brauche ich Ihre Unterstützung. Lassen Sie uns gemeinsam die Ärmel hochkrempeln und für unser Nordrhein-Westfalen und unsere Union kämpfen.

Herzliche Grüße

# Inhalt



## Laschet trifft

6 Ministerpräsident Volker Bouffier

## CDU in NRW

- 10 Landesvertreterversammlung in Mönchengladbach
- 12 Bundesparteitag in Essen
- 14 Vorstellung aller Wahlkreiskandidaten zur Landtagswahl 2017
- 18 Spitzenkandidat Armin Laschet: Ein Portrait

## Denkanstoß

- 13 Vielfalt braucht bürgerliche Politik! – von Monika Grütters

## Im Visier

- 22 Die persönliche Pannenstatistik von Innenminister Jäger

## Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 20 12 Fragen an Wolfgang Bosbach
- 21 12 Fragen an Isabell Werth
- 24 Schlusslicht: Löttgens Lupe

Zwischen den Seiten 12 und 13 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

# Peter Hintze

Menschenfreund. Christ. Politiker.

\* 25. April 1950 † 26. November 2016

Nach kurzer aber schwerer Krankheit ist unser Freund Peter Hintze am 26. November 2016 gestorben. Sein Tod reißt eine Lücke, die nicht zu fllen ist. Wir vermissen ihn an jedem Tag.

Manchmal sagt man in der Politik leichtfertig, jeder sei zu ersetzen. Aber Peter Hintze ist mit seiner einfühlsamen Art, mit seiner großen politischen Erfahrung, als ehrlicher Ratgeber, als echter Freund, auf den man sich immer verlassen konnte, durch niemanden zu ersetzen.

Er war für viele der Mittler, der zuhörte, der in absoluter Verschwiegenheit in seinem Herzen bewahrte, was ihm anvertraut wurde. Er war treu, klar in seinen Überzeugungen, ob gelegen oder ungelegen, aber er war auch ironisch, voller Humor, rheinisch.

Peter Hintze war Politiker mit Leib und Seele. Seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestags, als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfamilien- und später im Bundeswirtschaftsministerium, als CDU-Generalsekretär unter Helmut Kohl und seit 2013 als Bundestagsvizeprsident diente er lange Jahre unserem Land und seinen Menschen. Peter Hintze hat unser Land und die CDU in besonderer Weise geprägt. Noch vom Krankenbett verfolgte er aktuelle Entwicklungen, schickte SMS des Zuspruchs oder der Kritik, rief an und gab Rat. Und jedes Gespräch war bereichernd. Es begann mit tagesaktuellen Fragen und endete sehr oft in philosophischen, grundsätzlichen und persönlichen Erörterungen. Er war für mich der väterliche Freund, obwohl uns nur ein Jahrzehnt trennte. Aber wenn Peter Hintze sprach, hrten alle zu, überdachten ihre Position und selbst wenn am Ende unterschiedliche Meinungen blieben, zwang Peter zum Nachdenken über Aspekte, die man vielleicht übersehen hatte oder unter- oder überbewertete.

Peter Hintze war ein engagierter protestantischer Christ und Theologe, der für seinen Glauben und seine Konfession offen eintrat. Er vertraute auf die Menschenliebe Gottes und war selbst ein großer Menschenfreund. Er hatte ein realistisches, lebensnahes Bild vom Menschen. Dies wurde auch in seinen vielbeachteten Beiträgen, etwa zur Präimplantationsdiagnostik oder zur Zulässigkeit der Sterbehilfe, deutlich.

Und er stand für das vereinte Europa, leidenschaftlich und mit großem Sachverstand. Auch international erlebte ich ihn, denn wir saßen über viele Jahre gemeinsam im Präsidium der Christdemokratischen Internationale. Auch dort war seine natürliche Autorität zu spüren. Staats- und Regierungschefs in Europa und der Welt hrten aufmerksam zu, wenn Peter Hintze sprach. Alle wussten: Er hatte etwas zu sagen.

Nein, Peter Hintze ist nicht zu ersetzen. Seine Ämter werden von anderen ausgefllt, aber keiner wird so sein wie er, keiner wird sprechen wie er, keiner wird so seelsorgerisch, so warmherzig und im besten Sinne des Wortes zugewandt sein.

Oft habe ich, wenn er nicht da war, gedacht, was Peter jetzt wohl sagen und raten und wie er manches formulieren oder entscheiden würde. Seit seinem Tod gab es mehrere Momente, in denen ich für Sekunden dachte, „ruf’ mal Peter an“, bis mir einfiel, dass er nicht mehr da ist.

Wir alle, besonders die, die ihm nahe sein durften, sind unendlich traurig. Wir trauern und weinen und wir werden für ihn, seine Frau und seinen Sohn beten und ihn nie vergessen.

Armin Laschet

## Impressum

**Herausgeber:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
www.cdu.nrw

**V.i.S.d.P.:**  
Generalsekretär Bodo Lttgen

**Bild- und Textredaktion, Satz:**  
Beate Müller-van Iem

**Autoren:**  
Stephanie Feck, Isabelle Fischer,  
Beate Müller-van Iem, Ferdinand  
Schmitz, Britta Weiss

**Redaktionsanschrift:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Redaktion „Bei uns in NRW“  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211 13600-0  
Fax: 0211 13600-15  
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

**Layout:**  
Designbdchen  
Inh. Patrick Dahm  
Nelkenweg 12, 42489 Wlfraath  
Tel.: 0160 94741537  
info@designbuedchen.com  
www.designbuedchen.com

**Druck und Versand:**  
Deutsche Post Dialog Solutions  
GmbH  
Hansestraße 2  
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Titelbild: Auf dem 29. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Essen. Foto: Laurence Chaperon

Regionalkonferenz in Münster

## 1.000 Mitglieder diskutieren mit Angela Merkel



Foto: Rochlitz

Was wollten Sie Angela Merkel oder Armin Laschet schon immer einmal fragen? Die meisten Fragesteller bei der Regionalkonferenz mit Angela Merkel in Münster, zu der 1.000 CDU Mitglieder gekommen waren, interessierten sich für die Flüchtlingspolitik, die Innere Sicherheit, die Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch für die anstehenden Landes- und Bundestagswahlen.

In aufgewühlten Zeiten wie diesen werde besonders viel und kontrovers diskutiert, sagte der Landesvorsitzende Armin Laschet und freute sich über die vielen Teilnehmer in Münster. Streit in der Sache, aber mit dem Ziel, Probleme zu lösen: So gehe die CDU in die anstehenden Landtagswahlen im Mai 2017. Laschet: „Wenn wir in Nordrhein-Westfalen wieder in Regierungsverantwortung stehen, dann ist das die beste Vorlage, die wir für die Bundestagswahl geben können.“

Auf die Frage aus dem Publikum, wie denn verloren gegangenes Vertrauen bei den anstehenden Wahlkämpfen zurückgewonnen werden könnte, führte die gut aufgelegte CDU-Vorsitzende an, dass es viele, auch neue, Gesprächsformate geben müsse. Merkel: „Wir müssen persönlich mit den Menschen sprechen, die sich an uns wenden, und deutlich machen, warum wir welche Entscheidungen getroffen haben.“ Ähnlich antwortete auch Laschet: „Politik muss zuhören, zuhören, zuhören!“

Und wer in Münster entweder nicht zu Wort kam oder nicht vor Ort sein konnte, konnte an einer Online-Regionalkonferenz teilnehmen. Insgesamt 800 CDU-Mitglieder nutzten die Gelegenheit, Angela Merkel bei „CDU Live“ zuzuhören und sich an der Diskussion zu beteiligen.

## Klaus Laepple Mitglied der Bundesversammlung 60 Jahre Unionsfamilie

Mit Reisen kennt er sich aus, und so freuen wir uns, dass die CDU Nordrhein-Westfalen Klaus Laepple nach sechzig Jahren Parteimitgliedschaft eine ganz besondere Reise ermöglichen konnte: Als einer von vierzig Vertretern der NRW-CDU war Laepple Mitglied der Bundesversammlung, die am 12. Februar zusammentrat, um einen neuen Bundespräsidenten zu wählen.

Zu den bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die auf Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion an der Wahl des Bundespräsidenten teilgenommen haben, gehörten auch die Schauspielerin Veronika Ferres, der Autor Hape Kerkeling und der Künstler Günther Uecker. Auch der Präsident der Atlantik-Brücke, Friedrich Merz, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, und der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Thyssen-Krupp Steel Europe, Günter Back, waren für die NRW-CDU Mitglied der Bundesversammlung.



Foto: Deutscher Reiseverband

Der gebürtige Aachener Laepple ist seit Mai 1957 Mitglied der CDU. Aktiv im RCDS war er engagierter Studentenvertreter und später der erste Vorsitzende der Deutschen Studentenunion. 2001 bis 2007 gehörte Laepple dem Parteivorstand der CDU Köln an. Heute ist er Beisitzer im Düsseldorfer CDU-Ortsverband Lohausen/Stockum. Jahrelang war er erfolgreich in der Tourismusbranche tätig und ist heute noch Ehrenpräsident des Deutschen Reiseverbandes.



## LANDTAGS- WAHLPROGRAMM FAHRPLAN

Der 39. Landesparteitag, der am 1. April in Münster stattfindet, wird das Wahlprogramm, mit dem die CDU Nordrhein-Westfalen in die Landtagswahl geht, beschließen. Vorher sind Sie an der Reihe: Am 18. Februar beschließt der Landesvorstand den Leitantrag. Anschließend haben alle antragsberechtigten Gliederungen die Möglichkeit, ihre Änderungsanträge zu stellen, über die der Parteitag dann entscheidet. Parallel haben alle CDU-Mitglieder wie gewohnt auch über CDUplus die Gelegenheit, Änderungswünsche und Ergänzungsvorschläge einzubringen. Zusätzlich finden bis Mitte März in unseren Bezirksverbänden Regionalkonferenzen statt. Hier haben ebenfalls alle CDU-Mitglieder die Möglichkeit, mitzudiskutieren, auf welche Schwerpunkte die NRW-CDU im Wahlkampf setzt.

**9. Januar 2017**  
Der geschäftsführende Landesvorstand berät über die Schwerpunkte des Wahlprogramms

**bis 10. März 2017**  
Regionalkonferenzen in unseren Bezirksverbänden

**zwischen 15. und 22. März 2017**  
Beratungen der Antragskommission

**1. April 2017: 39. Landesparteitag**  
Verabschiedung des Wahlprogramms der CDU Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl 2017

**18. Februar 2017**  
Gemeinsame Sitzung der Kreisvorsitzenden und des Landesvorstands:  
Beschluss des Leitantrags zum 39. Landesparteitag

**bis 11. März 2017**  
Antragsberechtigte Gliederungen können Änderungsanträge stellen  
**parallel:** Online-Beteiligung:  
Änderungswünsche von CDU-Mitgliedern bei CDUplus

Weitere Informationen und Termine hierzu finden Sie auf unserer Internetseite [www.cdu.nrw](http://www.cdu.nrw).

## Seminarreihe der Jungen Union NRW

### Starthilfe für politische Neulinge

Drei Tage in Düsseldorf, rund 30 Teilnehmer und jede Menge Informationen: Bei der Jungen Union lernen politische Neulinge, was sie für einen spannenden und erfolgreichen Einsatz in einer politischen Jugendorganisation benötigen. Im November fand deshalb zum wiederholten Mal das „Start Smart!“-Seminar statt.

Neben Einblicken in die Organisationsstruktur, die Debattenkultur und die Arbeitsweise der Politik standen auch Gespräche mit Generalsekretär Bodo Löttgen und dem Landtagsabgeordneten Hendrik Schmitz auf der Tagesordnung. Auch ein Besuch im Landtag durfte nicht fehlen. Dass bei der Jungen Union der Spaß und der Austausch untereinander nicht zu kurz kommen, wurde den Teilnehmern natürlich auch vermittelt.



Foto: Junge Union NRW

## Wirtschaftstag der MIT Südwestfalen

### Mehr Dampf beim Freihandel!



Foto: Mewes

Mit einer Dampfmaschine made in Südwestfalen bedankte sich Matthias Heider MdB, Vorsitzender der MIT Südwestfalen, für den Besuch der kanadischen Botschafterin beim MIT Wirtschaftstag im November in Bad Sassendorf: „Wir leben zwar im digitalen Zeitalter, aber ab jetzt sorgen wir für mehr Dampf beim Freihandel!“

Denn um das Freihandelsabkommen CETA zwischen Kanada und der EU, die deutsch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und Möglichkeiten einer Firmenexpansion in den kanadischen Markt ging es im Gespräch mit der Botschafterin von Kanada in Deutschland, Marie Gervais-Vidricaire. Auch weitere sachkundige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden nutzten den Wirtschaftstag zum intensiven Austausch.

*Laschet trifft...*

## **... Ministerpräsident Volker Bouffier**

Volker Bouffier war elf Jahre lang hessischer Innenminister, bevor er 2010 zum Ministerpräsidenten von Hessen gewählt wurde. Als Innenminister modernisierte er die hessische Polizei und machte sie zum bundesweiten Vorreiter. Als Ministerpräsident hat er sein Land zielstrebig auf die Spitzenplätze

unter den deutschen Ländern geführt. Armin Laschet sprach am Rande der CDU-Bundesvorstandsklausur Mitte Januar im saarländischen Perl mit dem Landesvater über sein Amt, die Innere Sicherheit, über Bildung und Inklusion sowie die Arbeit mit dem grünen Koalitionspartner.

**Lieber Volker, seit fast sieben Jahren bist Du Landesvater in Hessen, was macht einen guten Ministerpräsidenten aus?**

Jeder hat natürlich seine eigene Art, das Amt wahrzunehmen. Wichtig ist, dass man Erfahrung mitbringt, dass man Bodenhaftung und praktische Vernunft hat. Man muss zuhören können und zugleich authentisch und wahrhaftig sein. Manch einer konzentriert sich darauf, nur gute Presse zu haben. Aber das entlarvt sich mit der Zeit. Nur Ankündigungen zu machen, funktioniert auf Dauer nicht. Gerade ein großes Bundesland – und Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsstärkste – braucht eine wertorientierte Führung. Dann kann es auch wieder so stark sein, wie wir es uns als Nachbarn wünschen. Ich bin fest davon überzeugt: Nordrhein-Westfalen könnte viel mehr.

**So, wie Du es beschreibst, heißt das auch: Ein Ministerpräsident kann sich nicht nur auf sein Land beschränken. Eine starke Vertretung der Interessen des Landes in Berlin ist wichtig.**

Absolut! Die Länder sind untereinander und im Zusammenspiel mit dem Bund in vielerlei Hinsicht aufeinander angewiesen. Deutschland kann nur mit starken Ländern erfolgreich sein und umgekehrt. Deshalb muss ein Ministerpräsident sich bundespolitisch einbringen, die Landesinteressen in Berlin vertreten und den Gesamtrahmen mitgestalten.

**Du warst elf Jahre Innenminister. Zu Beginn Deiner Amtszeit war die Kriminalität hoch und die Aufklärungsquote lag bei nur 47,4 Prozent. Sie konnte auf fast 60 Prozent gesteigert werden. Wie ist dies gelungen?**

Rot-Grün hatte zuvor keine Priorität auf die Innere Sicherheit gelegt. Das haben wir geändert, denn Sicherheit ist ein Grundrecht der Bürger und eine Grundverpflichtung des Staates. Deshalb haben wir die Polizei und die Sicherheitsbehörden personell und technisch besser ausgestattet. Wir haben die Polizeiausbildung und die Struktur in den Behörden modernisiert. Und wir haben den rechtlichen Rahmen für die Polizeiarbeit verbessert: Als erstes Bundesland haben wir eine gesetzliche Grundlage für Videoüberwachung geschaffen. Auch die Schleierfahndung – also verdachtsunabhängige Personenkontrollen – haben wir eingeführt, denn durch die offenen Grenzen seit 1995 ist ein Sicherheitsfilter weggefallen, der ersetzt werden musste. Alle Maßnahmen waren heftig umstritten und wurden damals gegen den Widerstand von Rot-Grün durchgesetzt.

**Du hast die Schleierfahndung angesprochen, die es in 13 Bundesländern gibt. Nordrhein-Westfalen gehört zu den drei Ländern, die sie nicht haben, dabei ist Hessen Binnenland und wir liegen an der Grenze zu den Niederlanden und Belgien. Erschwert das die Kooperation?**

Die Schleierfahndung ist ein sinnvolles Instrument um Erkenntnisse zu gewinnen. Und wir haben ja derzeit eine große



Debatte über den Austausch von Erkenntnissen durch die Sicherheitsbehörden. Man muss kein Experte sein um zu erkennen, dass man Erkenntnisse nur austauschen kann, wenn man welche hat. Es wäre gut, wenn wir dieses Instrument auch in NRW hätten.

**Hessen war auch das erste Land, in dem Polizeibeamte mit Body-Cams ausgestattet wurden. Das habt ihr sogar zusammen mit den Grünen eingeführt.**

Die Grünen wussten von Anfang an, dass wir keine Koalition geschlossen hätten, wenn sie nicht akzeptieren, dass die Innere Sicherheit für uns und somit auch für die Koalition von herausragender Bedeutung ist. Genauso akzeptieren wir, dass Wirtschaftswachstum ohne Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen nicht zielführend ist. Wir haben die Koalition auch geschlossen um zu zeigen, dass man nicht immer nur im Gegensatz agieren muss. Eine vernünftige Symbiose aus beidem, das bringt etwas.

**Seit Monaten ringen wir darum, die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Der grüne Ministerpräsident Kretschmann aus Baden-Württemberg würde dem im Bundesrat zustimmen. Ist auch mit einer Zustimmung Hessens zu rechnen?**

Unsere Grünen tun sich in dieser Frage sehr schwer. Aber ich glaube, wenn sich beispielsweise Rot-Grün in NRW einen Ruck gebe würde, könnte man auch mit einer Zustimmung der Grünen in Hessen rechnen. Die Debatte ist schwierig. Aber es geht beim Asylrecht um den Schutz vor individueller Verfolgung. Wir müssen in der Debatte deutlich machen, dass weiterhin jeder Fall einzeln geprüft wird und etwa verfolgte Journalisten oder Homosexuelle natürlich unseren Schutz erhalten.

**Zweiter Brennpunkt an unseren Schulen in NRW ist die Inklusion, die mit der Brechtstange eingeführt wurde und zu großer Unzufriedenheit und Überforderung geführt hat. Ich habe den Eindruck, auch hier läuft es in Hessen reibungsloser.**

Diesem Thema bin ich persönlich sehr verbunden. Kinder mit Behinderung müssen die bestmögliche Ausbildung erhalten. Wir haben in Hessen ein ausgezeichnetes Förderschulsystem und ich habe entschieden, dass wir dies nicht kaputt machen. Inklusion und Förderschulen – beides geht zusammen. Und eines muss klar sein: Wer inklusive Bildung will, muss die personellen, räumlichen und konzeptionellen Voraussetzungen schaffen. Dabei muss man Augenmaß bewahren und darauf achten, was man leisten kann. Deshalb haben wir das Stück für Stück auf- und ausgebaut. Und bei der Entscheidung, ob eine Schule inklusiven Unterricht anbietet, müssen auch die Interessen der anderen Schüler beachtet werden. Das haben wir im Schulgesetz verankert.

**Welchen Tipp kannst Du uns als erfahrener und erfolgreicher Wahlkämpfer für die letzten Tage und Wochen bis zur Landtagswahl mit auf den Weg geben?**

Wir Christdemokraten in Hessen waren 40 Jahre in der Opposition und wären nie an die Regierung gekommen, wenn wir nicht irgendwann begriffen hätten, dass wir nur eine Chance haben, wenn wir zusammenhalten und in eine Richtung laufen. Deshalb ist jetzt entscheidend: Geschlossenheit in den eigenen Reihen, Kampfegeist, Zuversicht und eine klare Botschaft. Oft kommt es auf die letzten Meter an, deshalb darf man sich nicht irritieren lassen, wenn der Wind zwischen durch rauer weht.

**Lieber Volker, vielen Dank für das Gespräch und Deine Unterstützung.**

**Eines ärgert mich als Nordrhein-Westfale: Wenn man von Siegen über die hessische Grenze fährt, sieht man große Gewerbegebiete. Offensichtlich sind Investitionen bei Euch einfacher und schneller möglich, so dass viele Unternehmen lieber in Hessen investieren.**

Wir haben vom ersten Tag an eine ganze Fülle von Maßnahmen ergriffen um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Wir haben beispielsweise die Bauordnung renoviert. Wir haben einen Kabinettsausschuss „Bürokratieabbau“ eingerichtet und beschlossen, dass jede Vorschrift nach fünf Jahren automatisch abläuft und eine Verlängerung im Kabinett gut begründet werden muss. Vor allem ist es uns gelungen, in den Behörden einen Geist zu verankern, dass wir den Menschen nicht sagen wollen, was nicht geht, sondern was geht. Aber natürlich gibt es Bereiche, wo wir noch besser werden wollen, etwa hinsichtlich der schnellen Erreichbarkeit von Behörden für die Bürger.

**Die NRW-Landesregierung versäumt es seit Jahren, die Probleme bei G8 zu lösen. In Hessen habt ihr schon lange eine Lösung gefunden. Wie sieht die aus?**

Bei der Einführung von G8 haben wir – wie andere auch – überstürzt gehandelt. Es hat erhebliche Probleme gegeben. Daraufhin hat die Opposition zum Angriff geblasen und eine komplette Rückkehr zu G9 gefordert. Das wollte ich nicht, denn Kinder sind unterschiedlich. Die einen kommen mit G8 hervorragend klar, für andere sind neun Jahre zum Abitur der richtige Weg. Mein Ansatz war, die Schulen zusammen mit den Eltern selbst entscheiden zu lassen. Etwa 60 Prozent der Gymnasien haben sich für G9, 40 Prozent für G8 entschieden. Das hat gut funktioniert. Und das Wichtigste ist: Wir haben Frieden an den Schulen. Ich verstehe die Diskussion in NRW nicht. Warum will man den Menschen mit aller Gewalt vorschreiben, was richtig ist?





Fertig machen zum Durchstarten: Landesvertreterversammlung in Mönchengladbach

# Armin Laschet: „Ich will Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen werden!“

Fotos: Chaperon

„Fertig machen zum Durchstarten“, unter diesem passenden Motto stand die Landesvertreterversammlung der CDU Nordrhein-Westfalen. Im Hugo-Junkers-Hangar auf dem Mönchengladbacher Flughafen ging es Ende November nämlich auch genau darum: Mit der Entscheidung für Armin Laschet als Spitzenkandidaten kann der Motor der Wahlkampfmaschine endlich warmlaufen.

Und der neue Spitzenkandidat erzielte auch ein Spitzenergebnis: 225 der 231 Stimmen wurden für Armin Laschet abgegeben, das entspricht einer Zustimmung von 97,4 Prozent. Er freute sich über das große Vertrauen und den Rückenwind: „In den letzten Wochen habe ich in vielen Gesprächen vor Ort besonders eines gespürt: Große Unzufriedenheit mit Rot-Grün in NRW.“ Ob bei der Bildung,



Generalsekretär Bodo Löttgen ist mit dem Team der Landesgeschäftsstelle der oberste Wahlkampfmanager und wichtiger Ansprechpartner für Armin Laschet.

bei der Inneren Sicherheit oder bei der Wirtschaftsentwicklung – immer wieder belege Nordrhein-Westfalen die Schlusslichtplätze. Das müsse endlich ein Ende haben, die Menschen in Nordrhein-Westfalen hätten ein Recht darauf, besser regiert zu werden. Für den nötigen Politikwechsel stehe die CDU, so Laschet: „NRW kann mehr.“

Insgesamt stehen 114 Kandidatinnen und Kandidaten auf der in Mönchengladbach beschlossenen CDU-Landesliste. Die ersten zehn Plätze sind zur Hälfte mit Frauen besetzt, danach findet sich auf jedem dritten Platz eine Frau. Annähernd jeder Jahrgang von 1949 bis 1994 ist vertreten. Zahlreiche Kandidatinnen und Kandidaten mit Zuwanderungsgeschichte, mit familiären Wurzeln in Kroatien, Tschechien, Italien und der Türkei, verkörpern die Vielfalt Nordrhein-Westfalens. Dazu Laschet: „Unsere Mannschaft ist so jung, bunt und weiblich wie noch nie. Sie ist geprägt von Schlagkraft, Kompetenz und Motivation und sie spiegelt die Vielseitigkeit unseres Landes wider. Wir verbinden Stadt und Land, Jung und Alt, Frauen und Männer. Mit unserer Landesliste und auch mit all unseren Wahlkreiskandidaten zeigen wir deutlich: Die CDU ist die Nordrhein-Westfalen-Partei.“



Laschet: „Wir werden einen harten Wahlkampf erleben. Aber wir haben den Anspruch, ab dem 14. Mai 2017 die Regierung zu stellen! Ich will Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen werden!“

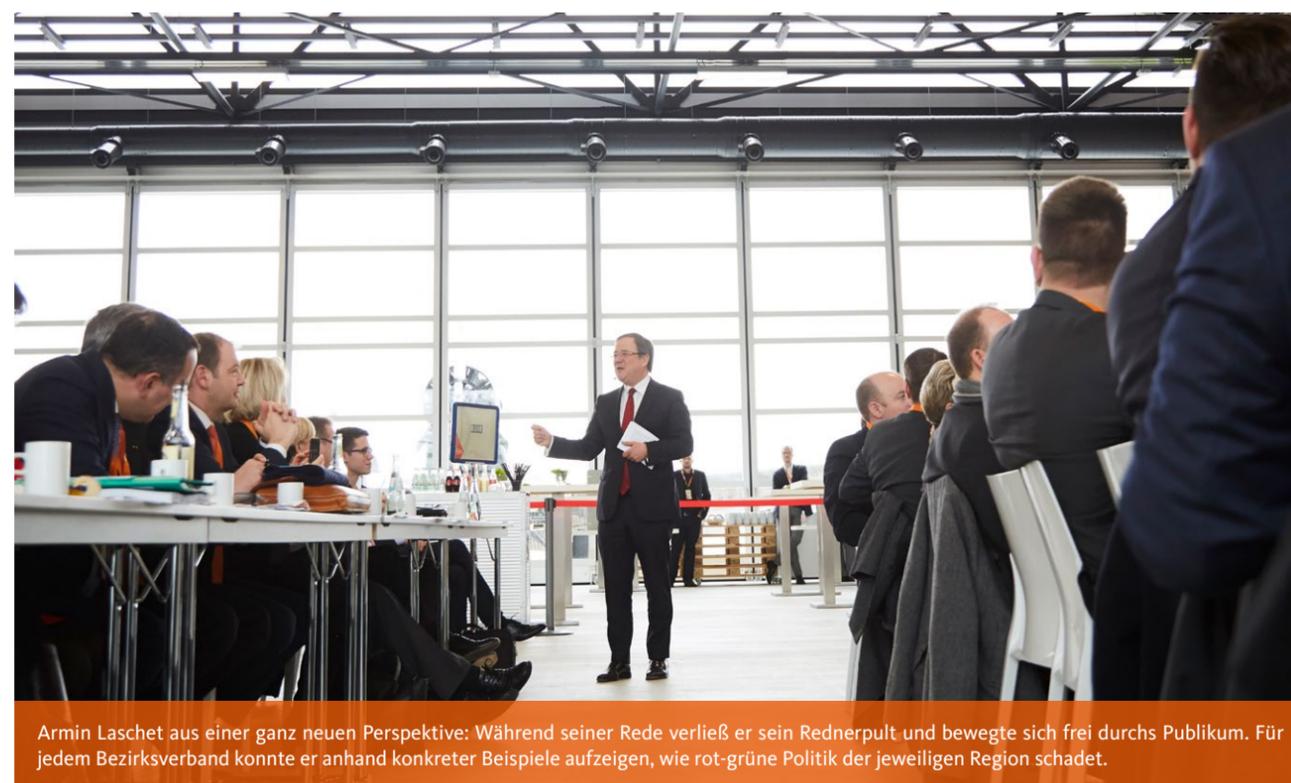


Zur Unterstützung mit dabei: Armin Laschet hatte seine Frau Susanne und zwei seiner Kinder mit nach Mönchengladbach in den Hugo-Junkers-Hangar genommen.

## Die ersten zehn Listenplätze

- |                              |                     |
|------------------------------|---------------------|
| 1. Armin Laschet             | 6. Serap Güler      |
| 2. Bodo Löttgen              | 7. Thorsten Schick  |
| 3. Christina Schulze Föcking | 8. Ina Scharrenbach |
| 4. Lutz Lienenkämper         | 9. Kirstin Korte    |
| 5. Josef Hovenjürgen         | 10. Petra Vogt      |

Die vollständige Landesliste finden Sie auf [www.cdu.nrw](http://www.cdu.nrw).



Armin Laschet aus einer ganz neuen Perspektive: Während seiner Rede verließ er sein Rednerpult und bewegte sich frei durchs Publikum. Für jedem Bezirksverband konnte er anhand konkreter Beispiele aufzeigen, wie rot-grüne Politik der jeweiligen Region schadet.

# Unsere Werte. Unsere Zukunft.

Weichenstellungen für das Superwahljahr 2017 und Wahl des Bundesvorstands – das waren die Hauptgründe für 1.001 Delegierte sowie etwa gleich viele Gäste und Pressevertreter, Anfang Dezember zum 29. CDU-Bundesparteitag nach Essen zu kommen.



Foto: Sondermann

Höhepunkt des ersten Tages war die Rede von Angela Merkel, in der sie die Grundsätze der Union noch einmal betonte: „In Zeiten wie diesen müssen wir uns einmal mehr darauf besinnen, woher wir kommen, wer wir sind und was uns trägt.“ Sie bekräftigte ihre Entscheidung, noch einmal für das Amt der Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin zu kandidieren: „Ich will und werde alles einbringen, was ich kann, alles, was in mir steckt.“ Für den Erfolg müssten aber alle mit anpacken, appellierte sie an die Delegierten: „Ihr müsst mir helfen.“ Anschließend wurde Merkel mit 89,5 Prozent der Stimmen erneut zur Parteivorsitzenden ge-

wählt. Auch Armin Laschet durfte sich über ein sehr gutes Ergebnis freuen: Bei der Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden stimmten 81,9 Prozent der Delegierten für ihn.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Beratungen in Essen: Der einstimmig beschlossene Leitantrag des Bundesvorstands unter der Überschrift „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“. Mit Blick auf das Wahlprogramm zur Bundestagswahl widmet er sich den Themen Arbeit, Sicherheit, Familien, Integration und Europa. ■

Ein besonderer Hingucker war der Stand der CDU Nordrhein-Westfalen, auf dem unter anderem die Werbelinie der NRW-CDU für die kommende Landtagswahl vorgestellt wurde. Mit Waffeln im Kampagnendesign mit dem „NRW geht vor“-Logo und heißem Kaffee war auch fürs leibliche Wohl gesorgt.

Hier im Bild: Das Team der Landesgeschäftsstelle mit Armin Laschet.



Foto: Rochlitzer



Besonderes Gastgeschenk für Angela Merkel:

Eine Miniatur-Ausgabe des Post Elektro-Scooters, der in Aachen entwickelt wurde und rund um Bonn klimaneutral für die Deutsche Post im Einsatz ist.

Foto: Sondermann

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist weiterhin im Führungsteam der CDU gut vertreten:

**Stellvertretender Vorsitzender:** Armin Laschet  
**CDU-Bundesvorstand:** Ralf Brauksiepe, Elmar Brok, Serap Güler, Hermann Gröhe, Peter Liese, Sabine Weiss, Otto Wulff

Alle Wahlergebnisse und die Beschlüsse finden Sie auf [www.cdu.de](http://www.cdu.de).



**DER BREITSCHIED-PLATZ IN BERLIN:** 12 Menschen fielen hier dem Anschlag des Terroristen Amri zum Opfer.

## TERROR

# Warum Nordrhein-Westfalen ins Fadenkreuz der Kritik geriet

Es war eines jener Ereignisse, die jeder befürchtet hat – und dabei doch darauf gehofft hat, dass es nicht passieren würde. Der Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz, mit 12 Toten und vielen Verletzten hat die Menschen im Land schockiert. Auf einmal ist der Terror da – nicht auf einem anderen Kontinent, nicht in einem anderen Land, sondern hier in Deutschland, vor der Haustür.

kann, wenn geltende Gesetze nicht oder nicht in der gebotenen Härte angewendet werden. Und damit landet der Fall wieder hier, in Nordrhein-Westfalen. Die Ermittlungen sind noch in vollem Gange, aber schon jetzt ist klar, dass die Innenpolitik der Regierung Kraft und besonders die des Innenministers Jäger zu weit weg von den realen Gefahren war. Unser Bundesland ist damit ins Fadenkreuz öffentlicher Kritik geraten.

### Angriff auf die Freiheit

Es ist die perfide Strategie der Terroristen, das Freiheitsgefühl der Menschen zu treffen. Wenn jeder öffentliche Platz und jede Situation zu einem potenziellen Anschlagziel wird, ist die Verunsicherung naturgemäß groß. Doch dürfen wir uns von Terroristen nicht vorschreiben lassen, wie wir zu leben haben. Unseren freiheitlichen und offenen Lebensstil, den wir in Deutschland seit Jahrzehnten gewöhnt sind, werden wir uns nicht nehmen lassen.

Der Fall des Berliner Attentäters Anis Amri ist allerdings auch ein Exempel dafür, was passieren

### Der Attentäter aus Nordrhein-Westfalen

Der spätere Attentäter Amri war den nordrhein-westfälischen Behörden gut bekannt. Sie waren für ihn zuständig. Amri hatte Kontakte zu V-Leuten des Verfassungsschutzes und hat aus seiner Gesinnung keinen Hehl gemacht. Warum er dennoch durch Deutschland reisen konnte und nicht durch die NRW-Sicherheitsbehörden festgesetzt wurde, sind Fragen, die die CDU-Fraktion dem Innenminister in einer Sondersitzung des Innenausschusses Anfang des Jahres gestellt hat. Viele Antworten ist er dabei schuldig geblieben. Wir müssen aber alle Fehler, die gemacht wurden, aufdecken, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

**LANDTAG aktuell:** Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.



Peter Biesenbach,  
stellvertretender  
Fraktions-  
vorsitzender



Gregor Golland,  
Innenexperte

INNERE SICHERHEIT

# Der Fall Amri und die Folgen

Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz hat unser Land erschüttert. Zwölf unschuldige Menschen verloren durch das feige Attentat des IS-Terroristen Anis Amri ihr Leben, Dutzende wurden schwer verletzt. Im Zentrum der Debatte über mögliche Verfehlungen der Sicherheitsbehörden stehen einmal mehr die rot-grüne Sicherheitspolitik in Nordrhein-Westfalen und NRW-Innenminister Ralf Jäger.

### NRW-Innenministerium ließ Amri gewähren

Die Verantwortung für die „dringliche Abschiebung“ des Islamisten Anis Amri lag in Folge einer Übereinkunft aller Behörden bis zum Attentat im Dezember 2016 beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. Amri stand in engem und regelmäßigem Kontakt mit der nordrhein-westfälischen Islamistszene. Die NRW-Sicher-

heitsbehörden wussten, dass der Tunesier im Internet nach Bauanleitungen für Rohrbomben und chemischen Formeln für die Herstellung von TNT gesucht hatte und sich dem IS in einem Chat verdeckt als Selbstmordattentäter angeboten hatte. Auch war bekannt, dass sich Amri bei einem Informanten der Polizei nach einer Schusswaffe erkundigt hat. Dennoch ließ man ihn gewähren. Die Menschen fragen sich zurecht, wie und warum ein solcher Gefährder sich in unserem Land noch frei bewegen durfte.

### Innenminister Jäger zuständig

Schuld daran war das Nicht-Handeln des Innenministers. Jägers Behauptung, er und seine Behörden seien im Fall Amri bis an „die Grenzen des Rechtsstaats“ gegangen, hält keiner Betrachtung stand. Er und sein Ministerium ließen gleich mehrere rechtliche Mittel, mit denen

man Amri hätte festsetzen können, ungenutzt. Eine Abschiebungsanordnung wurde vom Innenministerium nicht erlassen, obwohl man den Aktionsradius des späteren Terroristen damit deutlich hätte einschränken können. Hätte Amri gegen die damit verbundenen verschärften Meldepflichten und Kontaktverbote verstoßen, hätte ihm Untersuchungshaft gedroht. Auch wurde Amri nicht in Abschiebehaft genommen, sondern – im Gegenteil – im August 2016 auf Anweisung des NRW-Innenministeriums aus seiner Haft in der JVA Ravensburg entlassen. Das Argument Jägers, eine Abschiebehaft sei nicht möglich gewesen, da eine erfolgreiche Abschiebung nicht absehbar gewesen sei, wurde jüngst von namhaften Rechtswissenschaftlern und dem Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes zurückgewiesen. Die Chance, Amri wegen Sozialbetrugs zu inhaftieren, ließen die NRW-Sicherheitsbehörden ebenso verstreichen.

Trotz dieser Enthüllungen sieht Jäger keinen Grund für Selbstkritik oder Veränderungen seiner Sicherheitspolitik. Er konzentriert sich weiterhin darauf, sein grob fahrlässiges Handeln herunterzuspielen und anderen Landes- oder Bundesbehörden die Schuld zuzuschieben. Bei diesem Versuch hat sich Jäger bereits jetzt hoffnungslos in einem Netz von Halbwahrheiten und Widersprüchen verheddert.

Längst verfestigt sich ein verheerendes Bild von der Regierung in Nordrhein-Westfalen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung spricht von Nordrhein-Westfalen als „einem Land, dessen rot-grüne Sicherheitspolitik und -behörden zu einem nationalen Risiko geworden sind.“ Spiegel Online spricht sogar vom „Failed State NRW“.

### CDU-Landtagsfraktion legt Punkte zur Inneren Sicherheit vor

Die CDU-Fraktion setzt sich nicht nur für eine restlose Aufklärung der Vorgänge im Fall Amri ein, sondern hat zu Jahresbeginn auch einen Antrag mit zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit in den Landtag eingebracht, der auf ein 15-Punkte-Papier des Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet zurückgeht. Der Antrag fordert einerseits die Verschärfung bestimmter Sicherheitsgesetze- und Vorschriften auf Landesebene, schließlich gehört



Flankiert von einem großen Aufgebot an Sicherheitskräften wurde der Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz wiedereröffnet.

Nordrhein-Westfalen zu den Ländern, die der Polizei und den Sicherheitsbehörden weniger Handlungsspielräume geben als etwa Bayern oder Baden-Württemberg. Andererseits muss die Dauer des so genannten Unterbindungsgewahrsams, mit dem Gefährder, von denen die Begehung einer Straftat erwartet wird, festgesetzt werden können, in Nordrhein-Westfalen deutlich ausgeweitet werden. In Bayern und Baden-Württemberg ist ein Unterbindungsgewahrsam für Gefährder von 14 Tagen möglich, in Nordrhein-Westfalen derzeit nur für 48 Stunden. Unsere Landespolizei braucht zusätzlich das Instrument der Schleierfahndung, mit der der Fahndungsdruck auch auf die islamistische Szene erhöht werden kann. Letztlich muss der Erlass von Abschiebungsanordnungen gegenüber ausreisepflichtigen Gefährdern zur Regel werden und Identitätsverschleierung und Benutzung von Mehrfachidentitäten härter und öfter bestraft werden. Die zwischenzeitlich von den Bundesministern de Maizière und Maas beschlossene Anwendung von Fußfesseln bei Gefährdern muss in Landesgesetzen ermöglicht werden. Zudem soll die Landesregierung im Bundesrat den Weg für die Anerkennung von Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsstaaten endlich frei machen. Dies würde die Zugangszahlen aus Nordafrika senken, die Verfahren beschleunigen und brächte eine verschärfte Residenz- und Meldepflicht mit sich. Während Ministerpräsident Kretschmann angekündigt hat, diesen Vorstoß im Bundesrat mitzutragen, blockiert Ministerpräsidentin Kraft.

Sie hat nach Wochen des Schweigens davon gesprochen, dass Politik ein lernendes System sein müsse. Ehrlichkeit im Umgang mit eigenen Fehlern ist dafür eine zentrale Bedingung. So lange die Ministerpräsidentin die Position ihres Innenministers, wonach er an die „Grenzen des Rechtsstaats“ gegangen sei, teilt, wird die Landesregierung kein lernendes System sein können.



Innenminister Jäger musste sich in einer Sondersitzung des Innenausschusses vielen Fragen stellen.

In der Plenardebatte hielt Armin Laschet der Landesregierung ihre verheerende Schlussbilanz vor.



**VIDEO:** Was sind Aufgaben der Landesregierung? Mit diesem Zwischenruf der SPD kommt es zum Schlagabtausch.



ROT-GRÜNER LANDESHAUSHALT

# Ernüchternde Schlussbilanz

**M**itte Dezember legten Landesregierung und Ministerpräsidentin dem Landtag ihren letzten Haushalt zur Abstimmung vor. Nach fast sieben Jahren rot-grüner Koalition fiel der politische Kassensturz verheerend aus. Die ernüchternde Bilanz: Diese Ministerpräsidentin hat unser Land in zentralen Feldern auf die Schlusslichtplätze im Ländervergleich geführt. Bei der Wirtschaft, bei der Inneren Sicherheit und bei der Bildung.

**Höchste Verschuldung, uferlose Bürokratie**  
Die Landesfinanzen Nordrhein-Westfalens sind nach Jahren der „präventiven Verschuldungspolitik“ in einem desolaten Zustand. Wir haben die bundesweit höchste Verschuldung. Es gibt einen Rückgang der Investitionen. Unsere Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich steigen, weil unsere Finanzkraft im Ländervergleich sinkt. Durch die verantwortungslose Haushaltspolitik von Rot-Grün steht Nordrhein-Westfalen finanziell mit dem Rücken zur Wand. 144 Milliarden Euro

Landesschulden wurden seit 1973 angehäuft, das Land hat hierfür seitdem 136 Milliarden Euro an Zinsen zahlen müssen. Das heißt: nur 8 Milliarden Euro wurden netto für Investitionen eingesetzt. Das ist das Gegenteil von präventiver Politik und schränkt die Handlungsmöglichkeiten künftiger Generationen massiv ein.

Dennoch geht Rot-Grün den Weg der Verschuldung unbeirrt weiter. In den letzten sechs Jahren hat die Regierung Kraft ohne Not die Ausgaben des Landes um 35 Prozent ausgeweitet. Ein Grund für die schiefe Haushaltslage ist der uferlose Ausbau der Ministerialbürokratie durch die Landesregierung. Seit Regierungsantritt 2010 hat Rot-Grün 567 neue Stellen in den Ministerien geschaffen. Zum Vergleich: in der fünfjährigen Amtszeit der Regierung Rüttgers wurden lediglich 32 neue Stellen eingerichtet. Nordrhein-Westfalen darf nicht länger von seiner großen Schuldenlast erdrückt werden. Wir wollen hier einen Kurswechsel einleiten.

**Land wieder auf die Spitzenplätze führen**

Um die steigende Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen wirksam bekämpfen zu können, brauchen wir eine starke Wirtschaft. Rot-Grün aber bremst mit ihrem wachstumsfeindlichen Landesentwicklungsplan und überbordender Bürokratie unsere Unternehmen aus. Die Folgen: Nullwachstum und Abwanderung von Unternehmen. Wir wollen eine Entlastungs- und Investitionsoffensive für die Wirtschaft auf den Weg bringen, die Bürokratie abbaut, Unternehmen Freiräume gibt und unsere Brücken und Straßen wieder in Ordnung bringt.

**„Wir sind Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum. Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht bei der inneren Sicherheit. Und Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht bei der Bildung. Und das muss sich ändern! Das ist nicht hinnehmbar!“**

Armin Laschet in der Haushaltsdebatte am 15. Dezember 2016

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hat unter der Politik der Ministerpräsidentin und ihres Innenministers stark gelitten. Probleme werden ignoriert oder schöneredet. Wir wollen, dass es in Nordrhein-Westfalen wieder an jedem Ort sicher ist. Dafür brauchen wir umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung von No-Go-Areas und der Einbruchskriminalität.

**Rot-Grün hat in Nordrhein-Westfalen abgewirtschaftet**

Nordrhein-Westfalen war mal ein Land, in dem der Aufstieg durch Bildung für jeden möglich war. Rot-Grün aber hat unsere Schulen mit der planlosen Einführung der Inklusion überfordert. Wir wollen deshalb keine Förderschulen mehr schließen, so lange es in Regelschulen nicht die Voraussetzungen gibt, um Schüler mit und ohne Handicap gleichermaßen fördern zu können. Den Unterrichtsausfall im Land wollen wir endlich erfassen und wirksam bekämpfen.

Rot-Grün hat in Nordrhein-Westfalen abgewirtschaftet. Der Landesregierung fehlt die Vision, wie unser Land im Jahr 2025 aussehen soll. Wir wollen die Politik vom Kopf auf die Füße stellen und unser Land zurück auf die Spitzenplätze führen. Mit Vorfahrt für Arbeit statt Bürokratie-Wahnsinn. Mit echter Bildung statt Schulexperimenten. Mit einer Nulltoleranzpolitik statt Kuschelkurs gegenüber Kriminellen. Nordrhein-Westfalen braucht den Wechsel.



Finanzminister Walter-Borjans gelingt kein zukunftsfähiger Haushaltsplan.



Klaus Vossemer,  
verkehrspolitischer  
Sprecher der CDU-  
Landtagsfraktion

INFRASTRUKTUR

## Leverkusener Brücke: Symbol für rot-grünes Versagen

Kein Projekt in Nordrhein-Westfalen steht so beispielhaft für das verkehrspolitische Versagen der rot-grünen Landesregierung wie der Zustand der Rheinbrücke der A1 in Leverkusen. Bereits 2009 stellte der Bund fest, dass die Brücke nicht zu retten ist. Anfang 2010 wurde von der damaligen CDU-geführten Landesregierung die „Projektgruppe Brückener-tüchtigung“ eingesetzt. Sie lieferte wichtige Vorarbeiten für den Neubau.

### Verschleppte Planungen für Neubau

Im Juli 2010 übernahm Rot-Grün die Regierung – und tat erst einmal über zwei Jahre lang nichts. Erst als Ende November 2012 die Leverkusener Brücke aus Sicherheitsgründen für den Schwerlastverkehr gesperrt werden musste, wachte Rot-Grün auf. Das heißt, dass mit den Planungen für den Neubau erst begonnen wurde, als bereits gravierende Verkehrseinschränkungen verhängt werden mussten. Wegen des Planungsversagens von Rot-Grün wird sich der Bau der Brücke mindestens um zwei Jahre oder noch länger verzögern. Das bedeutet mindestens zwei Jahre länger Staus und Zeitverlust für hunderttausende Pendler und die Unternehmen. Dies ist jedoch nur die eine Seite des Versagens.

Seit 2014 ist die Leverkusener Brücke für Lkw über 3,5 Tonnen Gewicht gesperrt, aber trotzdem führen bis Herbst 2016 täglich über 150 schwere Lkw darüber. Wirksame Kontrollen hatte es in den zwei Jahren der Sperrung nicht gegeben. Innenminister Ralf Jäger und Verkehrsminister Mike Groschek waren nicht in der Lage, das Lkw-Fahrverbot auf der Brücke durchzusetzen. Dadurch sind erhebliche zusätzliche Schäden entstanden, die möglicherweise zu einer Komplettsperrung noch vor dem Neubau führen werden.

### Mega-Staus durch „Checkpoint Mike“

Im Oktober 2016 eröffnete der Verkehrsminister an der Leverkusener Brücke eine millionenteure Sperranlage für Lkw, im Volksmund „Checkpoint Mike“ genannt. Diese Lkw-Sperre war eine Verzweiflungstat, erwachsen aus der Ideenlosigkeit zweier Minister. Hätte man das Verbot zuvor richtig überwacht und die Autobahnpolizei mit Zusatzstreifen eingesetzt, wären die Schäden zu begrenzen gewesen und weit weniger Kosten entstanden. Nun wird tagtäglich der gesamte Verkehr rund um das Leverkusener Kreuz ausgebremst. Die Sperre ist einer der Hauptgründe für das neue, allmorgendliche Stauchaos im Rheinland. Zudem hat die „L Leverkusener Schranke“ solche Mängel, dass sie mühelos ausgetrickst werden kann.

Auch die nachgerüstete Blitzanlage hat ihr Ziel verfehlt. „Checkpoint Mike“ droht endgültig zum Flopp zu werden. 460 Beweisfotos der Blitzanlage liegen dem Kölner Ordnungsamt laut Pressemeldungen vor. Die schlechte Bildqualität der Anlage und lange Bürokratiewege haben bis jetzt verhindert, dass die Verstöße auch geahndet werden konnten. Wieder einmal erweist sich die rot-grüne Landesregierung in der Verkehrspolitik als völlig handlungsunfähig. Das muss sich endlich ändern.



Die Sperranlage auf der Brücke wird spöttisch „Checkpoint Mike“ genannt.



ENERGIEPOLITIK

## Bürger und Industrie vor zu hohen Strompreisen schützen

Das SPD-geführte Bundeswirtschaftsministerium plante eine bundesweite Vereinheitlichung der Stromnetzentgelte. Bisher werden die Kosten für den Erhalt und den Ausbau des Stromnetzes in jedem der vier deutschen Versorgungsgebiete gesondert errechnet und auf die dortigen Strompreise aufgeschlagen. Die Kunden in Nordrhein-Westfalen bezahlen also nur für die Netzstruktur, die sie und die regionalen Energieunternehmen für eine flächendeckende Versorgung benötigen.

Durch die Neuregelung sollten die Kosten jedoch bundesweit umgelegt werden. Damit wären die Stromkunden in Nordrhein-Westfalen auch für den Ausbau der Netze in Norddeutschland aufgekomen, der dort durch die stetig steigende Menge an Windstrom nötig wird.

### Neuregelung würde Nordrhein-Westfalen benachteiligen

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich seit Bekanntwerden der Pläne dafür eingesetzt, dass es nicht zu einer Vereinheitlichung der Stromnetzentgelte kommt. Eine solche Regelung wäre unfair, da Nordrhein-Westfalen schon jetzt Nettozahler bei den Erneuerbaren ist. Nun auch noch die Netze in jenen Bundesländern zu finanzieren, die vom Ausbau der Erneuerbaren ohnehin besonders stark profitieren, ist für uns inakzeptabel.

Das Vorhaben verkennt zudem völlig die industrielle Struktur in Deutschland: Ausgerechnet auf Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wo der Großteil der industriellen Zentren Deutschlands liegt, würden starke Mehrbelastungen zukommen. Das kostet Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie, gerade an Rhein und Ruhr. Das wollen wir nicht zulassen.

### Rot-Grün bleibt untätig

Von der rot-grünen Landesregierung war und ist in dieser Frage aber offenbar kein Einsatz für unser Bundesland zu erwarten. Der Antrag der CDU-Fraktion, der die Landesregierung dazu aufforderte, sich gegen die Einführung bundesweit einheitlicher Netzentgelte einzusetzen, wurde im September von Rot-Grün abgelehnt.

Die nordrhein-westfälische Landesgruppe der CDU im Bundestag setzt sich hingegen für die Beibehaltung des jetzigen Systems der differenzierten Stromnetzentgelte ein, innerhalb der Bundestagsfraktion und gegenüber der Bundesregierung. Gemeinsam werden wir die Pläne des Bundeswirtschaftsministers endgültig stoppen und so Bürger und Industrie in Nordrhein-Westfalen vor Mehrkosten schützen.



Josef Hovenjürgen,  
energiepolitischer  
Sprecher der  
Fraktion



VOR ORT

## Besuch in Duisburg Marxloh

**H**eruntergekommene Häuser, hohe Kriminalität und rechtsfreie Räume – seit Sommer 2015 läuft in unserem Bundesland eine Debatte darüber, dass sich ganze Stadtviertel im Ruhrgebiet zu sozialen und kriminellen Brennpunkten entwickelt haben. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht dabei vor allem Duisburg. Im vorletzten Jahr ließ ein interner Bericht des örtlichen Polizeipräsidiums aufhorchen, der auf große Probleme mit kriminellen Familienc clans, Kleinkriminalität und or-

ganisiertem Verbrechen, vor allem im Stadtteil Marxloh, hinwies.

### Sicherheit akut gefährdet

Das besorgniserregende Fazit des Berichts lautete: „Die Rechtspflicht des Staates zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ist in solchen Stadtbezirken langfristig nicht gesichert bzw. akut gefährdet. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist bereits nachhaltig negativ beeinträchtigt.“ Der nordrhein-westfälische Land-

tag hat sich in mehreren Sitzungen des Innenausschusses und in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der CDU-Fraktion mit dem Thema befasst.

Auf Einladung der Duisburger Landtagsabgeordneten Petra Vogt hat Armin Laschet, Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, den Stadtteil Marxloh besucht. Dort kam er mit Verantwortlichen der Stadt und betroffenen Anwohnern ins Gespräch. „Wir dürfen die Augen vor den hochproblematischen Entwicklungen in



Ein Anwohner führt die Besucher zu wilden Müllbergen.

einigen unserer Großstädte nicht verschließen“, so Laschet. „Nur wenn wir die Situation vor Ort kennen und den betroffenen Menschen zuhören, können wir die richtigen Gegenmaßnahmen ergreifen.“

### Sozialbetrug im großen Stil

Leopoldine Thiel ist Ruhrpottlerin durch und durch und wohnt mitten in Marxloh. Wenn sie über ihren Stadtteil spricht, klingt nicht nur die Liebe zu ihrer Heimat, sondern auch Resignation durch. Bei Anbruch der Dunkelheit gehe sie nicht mehr vor die Tür – das sei zu gefährlich. Außerdem ärgere sie sich über völlig überbelegte Häuser, die von kriminellen Geschäftemachern genutzt werden, um Sozialbetrug im großen Stil zu begehen.

Solche Häuser werden nicht nur von den Anwohnern „Schrottimobilien“ genannt. Dabei werden renovierungsbedürftige Häuser von Geschäftemachern zu günstigen Konditionen angekauft und meist an Osteuropäer vermietet. Letztere werden bei diesen gleichzeitig als Scheinarbeitnehmer eingestellt, um Aufstockungen beim Job-Center und andere Sozialleistungen zu erschleichen. Die Gelder fließen größtenteils wieder an die Eigentümer zurück.

### 7.000 Euro für 50 m<sup>2</sup>

Die Zustände in den Häusern sind eine Belastung für die Mieter selbst, aber vor allem für das gesamte nachbarschaftliche Umfeld. Eine andere Anwohnerin schildert den Verkauf der Eigentumswohnung ihrer Mutter. 7.000 Euro habe sie nur noch für die 50 m<sup>2</sup> bekommen, weil die Preise in den Keller gerutscht seien. Ein anderer Anwohner klagt über bergeweise Müll auf den Straßen und Gruppen von Männern, die Passanten belästigen.

Die Duisburger Beigeordnete Dr. Daniela Lesmeister kennt die Probleme des Viertels. Zusammen mit Oberbürgermeister Sören Link stellte sie das Vorgehen der städtischen „Task Force Problemimmobilien“ dar, die in den vergangenen Monaten mehrere dieser „Schrottimobilien“ geschlossen hat. Es brauche vor allem eine bessere gesetzliche Grundlage zur Schließung solcher

Häuser und ein härteres Durchgreifen gegen die Hintermänner dieser kriminellen Nische, um dem Problem wirklich Herr zu werden.

### Null-Toleranz-Politik

„Die rot-grüne Landesregierung muss mit einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Kriminellen den belasteten Städten beistehen. Solche Problembezirke darf es in einem Bundesland wie Nordrhein-Westfalen nicht geben“, so Laschet. „Wir müssen die kriminellen Machenschaften unterbinden und durch eine bessere Vernetzung verhindern, dass die gleichen Menschen zur gleichen Zeit auch in anderen Städten Sozialbetrug begehen. In Nordrhein-Westfalen darf es keine Angsträume geben.“



Die Beigeordnete der Stadt Duisburg, Dr. Daniela Lesmeister, stellt die „Task-Force Problemimmobilien“ vor.



Armin Laschet im Gespräch mit der Anwohnerin Leopoldine Thiel.



Oberbürgermeister Sören Link, Armin Laschet, Petra Vogt und Dr. Daniela Lesmeister (v.l.) im Gespräch.



Hendrik Wüst,  
wirtschaftspoliti-  
scher Sprecher der  
Fraktion

WIRTSCHAFTSPOLITIK

# Landesentwicklungsplan ist wachstumsfeindlich

Im Dezember 2016 haben SPD und Grüne ihren umstrittenen Landesentwicklungsplan (LEP) durch das Parlament „gedrückt“. Kommunen und Wirtschaft hatten den LEP bis zuletzt als Bremse für Wachstum und Wohlstand kritisiert.

### Wenig Wachstum, mehr Arbeitslosigkeit

Dabei bräuchte Nordrhein-Westfalen dringend mehr Wachstum. Lag das Wirtschaftswachstum in unserem Bundesland zwischen Anfang 2005 und Anfang 2010 noch um 13,7 Prozent über dem Bundesschnitt, lag es zwischen Anfang 2010 und Ende 2015 um 39 Prozent unter diesem. 2015 landete Nordrhein-Westfalen mit null Prozent Wachstum sogar erstmalig in seiner siebenjährigen Geschichte auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich. Das hat gravierende Folgen für den Arbeitsmarkt: Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen seit Juli 2010 um 10 Prozent gesunken. In den übrigen Bundesländern ging die Zahl jedoch um fast 23 Prozent zurück. Bei einer Entwicklung der

Arbeitslosenzahlen im Durchschnitt der übrigen Bundesländer wären an Rhein und Ruhr heute knapp 100.000 Menschen weniger arbeitslos. Die schwache Wirtschaftsleistung ist nach Einschätzung von unabhängigen Wirtschaftsexperten vor allem struktureller Natur und somit durch politische Weichenstellungen beeinflussbar. Eine dieser Weichenstellungen hätte der neue LEP sein können.

### 3.800 Hektar Industrie- und Gewerbefläche verloren

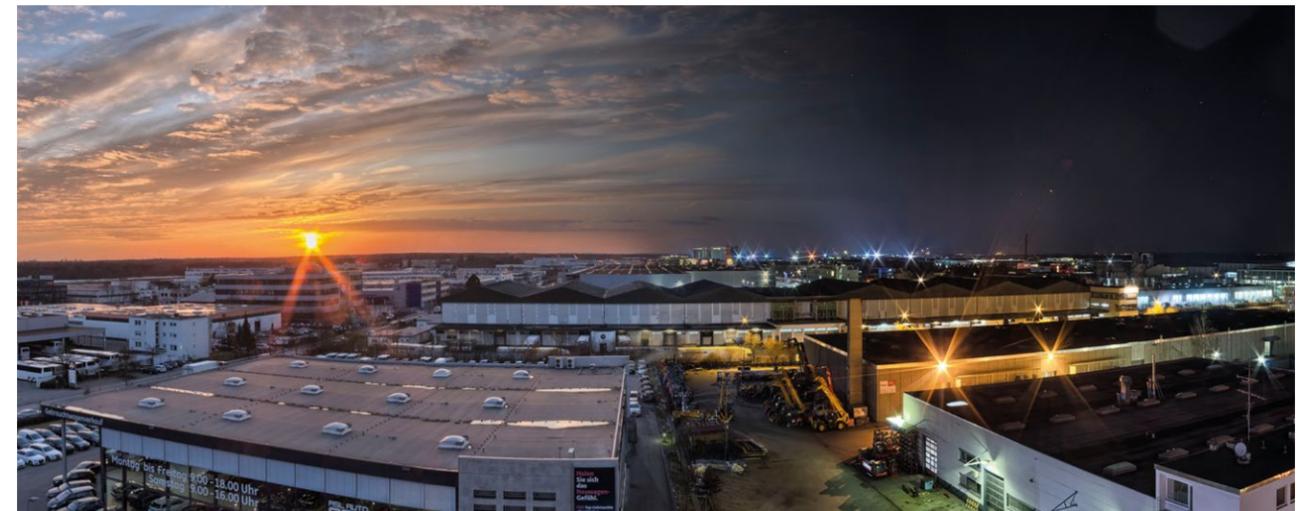
Seit 2010 hat Nordrhein-Westfalen fast 3.800 ha Industrie- und Gewerbefläche verloren. Das entspricht der Gesamtfläche der Chemoparks Leverkusen, Dormagen und Krefeld, des ThyssenKrupp-Stahlwerks Duisburg, des Evonik Chemieparks Marl, der Shell Raffinerie Wesseling/Godorf, des Hüttenwerks Krupp Mannesmann Duisburg, des Chemieparks Hürth-Knappsack und der Fordwerke Köln mit insgesamt 93.000 Arbeitsplätzen. Dennoch setzt der LEP-Entwurf keine Impulse, diesen Flächenverlust auszugleichen.

### 5ha-Grundsatz zu unbestimmt und völlig unnötig

Kommunen und Wirtschaft kritisieren den Grundsatz des LEP, den Flächenverbrauch auf 5 ha pro Tag reduzieren zu wollen. Dieser sei nicht hinreichend bestimmbar, weil nicht klar sei, wie er auf die 396 Kommunen im Land umgelegt werde. 2015 wurden für Wohnen, Gewerbe, Industrie und Verkehr täglich lediglich 4,3 ha in Anspruch genommen. Dagegen wurden der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen 2015 täglich 22,8 ha Nutzfläche



Die Industrie braucht wieder Freiräume zur Entwicklung.



entzogen. Der weit überwiegende Anteil am Verlust landwirtschaftlicher Fläche geht auf den Zuwachs der Erholungs- und Naturflächen zurück. So ist allein die Grün- und Erholungsfläche in 2015 täglich um 5 ha gestiegen, die Waldfläche sogar täglich um 13,5 ha. Seit 1995 wuchs die Fläche für Parks und Grünanlagen um 23.751 ha, die Waldfläche um 45.258 ha, die Wasserfläche um 6.434 ha, die Heidefläche 1.036 ha und die Moorfläche um 443 ha. In Nordrhein-Westfalen ist die Renaturierung in den letzten Jahren also mit großen Schritten vorangegangen.

Der 5ha-Grundsatz ist in keiner Weise geeignet, diesen hemmungslosen Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche durch den Naturschutz zu kompensieren. Im Gegenteil: Das Ziel, 15 Prozent der Landesfläche in einen Biotopverbund einzubringen wird den Flächenfraß zu Lasten der Landwirtschaft weiter anheizen.

### Neuansiedlungen von Unternehmen werden verhindert

Ministerpräsidentin Kraft hat im September beim Unternehmertag in Bielefeld versprochen, dass keine Industrieansiedlung in Nordrhein-Westfalen am Landesentwicklungsplan scheitern wird. Die Realität sieht anders aus. Im Ruhrgebiet scheitern aktuell beispielsweise 17 geplante Gewerbe- und Industriebetriebe am neuen LEP. Dabei hat das Ruhrgebiet allein 2015 jeden Tag 1,4 ha Industrie- und Gewerbefläche verloren. Auch das Industrieprojekt „NewPark“ in der Emscher-Lippe-Region wird von der Lan-

desregierung seit langem blockiert. Die Folgen dieser wachstumsfeindlichen Politik zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt: Als eigenständiges Bundesland würde das Ruhrgebiet mit einer Arbeitslosenquote von 10 Prozent auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich landen. Statt der Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet mit einer Wachstumspolitik zu begegnen, verhindert Rot-Grün dringend benötigte Flächenausweisungen.

### Betriebserweiterungen werden faktisch unmöglich gemacht

Durch den LEP wird die Anwendung des Instruments der sogenannten „landesplanerischen Anfrage“ für die Erweiterung von Betrieben, die im Freiraum oder an der Ortsrandlage liegen, ausgeschlossen. Solche Erweiterungen sind zukünftig nur nach Änderung des Regionalplans möglich. Hierdurch werden Erweiterungen bestehender Betriebe im Freiraum oder an der Ortsrandlage faktisch unmöglich gemacht, da das Regionalplanänderungsverfahren in der Regel zwei bis drei Jahre dauert und somit zum Investitionsrisiko wird. Allein in Ostwestfalen-Lippe wären nach Auskunft der dortigen Kammern über 60 Betriebe mit mehr als 5.600 Beschäftigten von der neuen Regelung betroffen. Darüber hinaus gibt es noch eine unbestimmte Zahl kleiner Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern, denen ebenfalls eine Erweiterung unmöglich gemacht wird. Ähnliche Folgen gibt es im Bergischen Land, der Eifel, im Münsterland, am Niederrhein und in Deutschlands drittstärkster Industrieregion, Südwestfalen.



**Klaus Kaiser,**  
stellvertretender  
Fraktions-  
vorsitzender



**Petra Vogt,**  
schulpolitische  
Sprecherin der  
Fraktion

**INKLUSION IN DER SCHULE**

# Förderschulen im Sinne des Kindeswohls erhalten



Die rot-grüne Landesregierung hat ihr Gesetz zur Inklusion im Bereich Schule ohne Berücksichtigung der vielen Kritikpunkte und Einwände der Betroffenen verabschiedet. Die schulische Inklusion wurde mit der Brechstange eingeführt, ohne eine ausreichende Finanzierung und Vorbereitung dieses großen Reformprojekts sicherzustellen. Die gescheiterte Klage von 52 Städten und Gemeinden gegen das Land vor dem NRW-Verfassungsgerichtshof, war diesbezüglich ein klares Alarmsignal.

**Schulen überfordert, Akzeptanz für Inklusion schwindet**

Ohne gesicherte Qualitätsstandards bei personellen und materiellen Ressourcen sind die Schulen mit dieser Aufgabe aber völlig überfordert. Ihnen fehlt das entsprechende Personal, um allen Kindern gleichermaßen gerecht werden zu können. 75 Prozent der Schulen geben an, dass ihnen Stellen für sonderpädagogische Unterstützung fehlen. Schulleiter beklagen fehlende Räume und fehlendes Material für differenziertes Lernen.

Die mangelhafte und überhastete Umsetzung der schulischen Inklusion hat zu einer extremen Verunsicherung der betroffenen Eltern, Kinder,

Lehrer und der Schulträger geführt. Unter den jetzigen Bedingungen verliert die Inklusion bei allen Beteiligten an Akzeptanz. Denn so, wie sie derzeit geschieht, ist sie zum Schaden sowohl der Kinder und Jugendlichen mit Handicap als auch der ohne Beeinträchtigungen.

**Umsetzung verlangsamen, Förderschulen erhalten**

Es ist daher dringend erforderlich, das Tempo bei der Umsetzung der schulischen Inklusion deutlich zu verlangsamen. Die Inklusion sollte sich zunächst einmal auf Schwerpunktschulen fokussieren. An den Regelschulen müssen zudem garantierte Fortbildungs- und Beratungs-module für das ganze Kollegium geschaffen werden.

Auch personelle Doppelbesetzungen in Inklusionsklassen sind unabdingbarer Bestandteil einer gelingenden Inklusion. Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern sollte nur dort durchgeführt werden, wo die Qualität des Unterrichts nicht darunter leidet. Das heißt nur an solchen Regelschulen, an denen die Lehrer eine entsprechende Fortbildung erhalten haben und gleichzeitig ausreichend Sonderpädagogen den Prozess begleiten können.

**Moratorium für Förderschulen**

Solange dies nicht überall garantiert ist, dürfen keine Förderschulen mehr geschlossen werden. Deshalb fordern wir ein Moratorium für die verbleibenden Förderschulen in unserem Land. Das ist im Sinne des Wohls unserer Kinder – und zwar gleichermaßen jener mit und ohne besonderen Förderbedarf.

**IMPRESSUM:**  
Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf – **Vorsitzender:** Armin Laschet MdL – **Parlamentarischer Geschäftsführer:** Lutz Lienenkämper MdL – **Redaktion:** Dr. Christoph Weckenbrock und Nils Sönksen – **Fotos:** Volker Zierhut, dpa-picture-alliance, Pixabay, privat – **Kontakt und Website:** www.cdu-nrw-fraktion.de



Gastbeitrag von **Monika Grütters MdB**

# Vielfalt braucht bürgerliche Politik!

Mit Berliner Schnauze kommt man in Nordrhein-Westfalen nicht weit, und karnevalistische Brauchtumpflege hat es nicht leicht in Berlin. Trotzdem haben Berlin und Nordrhein-Westfalen - das Bundesland, in dem ich lebe, und das Bundesland, aus dem ich komme – mindestens eines gemeinsam: Die ungeheure Vielfalt unterschiedlicher Traditionen und Zukunftsträume, Kulturen und Religionen, Lebensentwürfe und Weltanschauungen. Diese Vielfalt ist ebenso inspirierend und bereichernd, wie sie manchmal beängstigend und verstörend sein kann.

Vielfalt braucht bürgerliche Politik. Bürgerlich ist und bleibt das tiefe Bedürfnis vieler Menschen nach Bindung und Sicherheit, Zusammenhalt und Zugehörigkeit. Die Menschen haben Sehnsucht nach einer Heimat, die mehr ist als der Ort, wo ihr Name auf einem Klingelschild steht. Wir Christdemokraten stehen für die Bindungen, die eine freie und vielfältige Gesellschaft braucht: Für Sicherheit – durch verbindliche Regeln und faire Härte; für Zusammenhalt – in vielfältigen familiären Lebensformen und in einer starken Zivilgesellschaft; für Heimatverbundenheit – in der Wertschätzung und Pflege unserer kulturellen Identität; für Verantwortung und Gemeinsinn – gestützt durch Bildung in guten Schulen und leistungsstarken Universitäten.

In Berlin, wo seit Dezember ein Dreierbündnis aus SPD, Linkspartei und Grünen regiert, setzt man stattdessen auf Unverbindlichkeit und falsch verstandene Toleranz. Beispiel Innere Sicherheit: Die große Koalition im Bund hat 2016 umfangreiche Gesetzespakete zur Flüchtlings- und Asylpolitik verabschiedet, die den Zuzug begrenzen, Abschiebungen erleichtern und Fluchtursachen bekämpfen. Diese Politik für mehr Sicherheit zu konterkarieren, gehört zu den erklärten Zielen des rot-rot-grünen Bündnisses, und auch die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen wird strikt abgelehnt – ganz so, als hätte es die massenhaften sexuellen Übergriffe in Köln vor gut einem Jahr und den schrecklichen Terroranschlag in Berlin im Dezember nicht gegeben. In Berlin soll nach den Vorstellungen von Rot-Rot-Grün stattdessen künftig gelten:

Jeder, der es hierher geschafft hat, soll auch bleiben können. Nicht nur Personen, die sich einer Wohnsitzauflage entziehen, sondern auch Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sollen bleiben dürfen und ihre Angehörigen nachholen können.

Falsch verstandene Großzügigkeit und eine Toleranz, die keine Grenzen kennt, schaden dem gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt in Deutschland. Vielfalt braucht klare und verbindliche Regeln, an die sich alle halten. Deshalb bin ich überzeugt: Für eine bürgerliche Politik der Mitte zwischen linken Ideologien und rechten Ressentiments gibt es eine Mehrheit – in Berlin wie auch in Nordrhein-Westfalen. Diese Mehrheit können wir gemeinsam (zurück)gewinnen: Mit inhaltlichen Angeboten, die den linken Ideologen ebenso wie den rechten Vereinfachern Paroli bieten und mit unserem Selbstverständnis als bürgerliche Partei der Bindung und Sicherheit.

**Prof. Monika Grütters MdB**



Die gebürtige Münsteranerin studierte Germanistik, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten Münster und Bonn. Ihre beruflichen Erfahrungen sammelte sie an der Oper, im Verlagswesen und im Museumsbereich, bevor sie in großen Unternehmen für Kunst- und Kulturprogramme verantwortlich war. Von 1998 bis 2013 war sie Vorstand der Stiftung „Brandenburger Tor“ und von 1995 bis 2005 Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus. Seit 2005 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages, seit Dezember 2013 Staatsministerin und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, seit Dezember 2016 Vorsitzende des CDU-Landesverbands Berlin.



# Ihre CDU-Wahlkreiskandidaten zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen



Landtag NRW / Foto: B.Schälte



Ulla Thönnessen MdL WK 1, Aachen I  
 Armin Laschet MdL WK 2, Aachen II  
 Hendrik Schmitz MdL WK 3, Aachen III  
 Axel Wirtz MdL WK 4, Aachen IV  
 Romina Plonsker MdL WK 5, Rhein-Erft-Kreis I  
 Frank Rock MdL WK 6, Rhein-Erft-Kreis II  
 Gregor Golland MdL WK 7, Rhein-Erft-Kreis III  
 Klaus Vossesem MdL WK 8, Euskirchen I  
 Bernd Krückel MdL WK 9, Heinsberg I  
 Thomas Schnelle MdL WK 10, Heinsberg II  
 Dr. Patricia Peill MdL WK 11, Düren I  
 Dr. Ralf Nolten MdL WK 12, Düren II – Euskirchen II  
 Oliver Kehrl MdL WK 13, Köln I  
 Bernd Petelkau MdL WK 14, Köln II  
 Christoph Schmitz MdL WK 15, Köln III  
 Christian Möbius MdL WK 16, Köln IV



Florian Braun MdL WK 17, Köln V  
 Serap Güler MdL WK 18, Köln VI  
 Andrea Horitzky MdL WK 19, Köln VII  
 Rüdiger Scholz MdL WK 20, Leverkusen  
 Holger Müller MdL WK 21, Rheinisch-Bergischer Kreis I  
 Rainer Deppe MdL WK 22, Rheinisch-Bergischer Kreis II  
 Peter Biesenbach MdL WK 23, Oberbergischer Kreis I  
 Bodo Löttgen MdL WK 24, Oberbergischer Kreis II  
 Björn Franken MdL WK 25, Rhein-Sieg-Kreis I  
 Andrea Milz MdL WK 26, Rhein-Sieg-Kreis II  
 Oliver Krauß MdL WK 27, Rhein-Sieg-Kreis III  
 Katharina Gebauer MdL WK 28, Rhein-Sieg-Kreis IV  
 Guido Déus MdL WK 29, Bonn I  
 Dr. Christos Katzidis MdL WK 30, Bonn II  
 Aufstellungsversammlung am 3. Februar 2017  
 Hans-Jörg Herhausen MdL WK 32, Wuppertal II



Kai Sturmfels MdL WK 33, Wuppertal III – Solingen II  
 Arne Moritz MdL WK 34, Solingen I  
 Jens-Peter Nettekoven MdL WK 35, Remscheid – Oberberg. Kreis III  
 Claudia Schlottmann MdL WK 36, Mettmann I  
 Dr. Christian Untrierer MdL WK 37, Mettmann II  
 Dr. Jan Volker Heinisch MdL WK 38, Mettmann III  
 Martin Sträßer MdL WK 39, Mettmann IV  
 Olaf Lehne MdL WK 40, Düsseldorf I  
 Marco Schmitz MdL WK 41, Düsseldorf II  
 Angela Erwin MdL WK 42, Düsseldorf III  
 Peter Preuß MdL WK 43, Düsseldorf IV  
 Dr. Jörg Geerlings MdL WK 44, Rhein-Kreis Neuss I  
 Heike Troles MdL WK 45, Rhein-Kreis Neuss II  
 Lutz Lienenkämper MdL WK 46, Rhein-Kreis Neuss III  
 Britta Oellers MdL WK 47, Krefeld I – Viersen III  
 Marc Blondin MdL WK 48, Krefeld II



Frank Boss MdL WK 49, Mönchengladbach I  
 Jochen Klenner MdL WK 50, Mönchengladbach II  
 Dr. Stefan Berger MdL WK 51, Viersen I  
 Dr. Marcus Optendrenk MdL WK 52, Viersen II  
 Margret Voßeler MdL WK 53, Kleve I  
 Günther Bergmann MdL WK 54, Kleve II  
 Wilhelm Hausmann MdL WK 55, Oberhausen I  
 Simone Tatjana Stehr MdL WK 56, Oberhausen II – Wesel I  
 Rainer Groß MdL WK 57, Wesel II  
 Charlotte Quik MdL WK 58, Wesel III  
 Ingo Brohl MdL WK 59, Wesel IV  
 Petra Vogt MdL WK 60, Duisburg I  
 Sylvia Linn MdL WK 61, Duisburg II  
 Nicolas Back MdL WK 62, Duisburg III  
 Frank Heidenreich MdL WK 63, Duisburg IV – Wesel V  
 Heiko Hendriks MdL WK 64, Mülheim I



# Ihre CDU-Wahlkreiskandidaten zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen



Christiane Moos WK 65, Essen I – Mülheim II    Dirk Vogt WK 66, Essen II    Brigitte Harti WK 67, Essen III    Fabian Schrupf WK 68, Essen IV    Benno Portmann WK 69, Recklinghausen I    Patrick Rohmann WK 70, Recklinghausen II    Dr. Martin Lange WK 71, Recklinghausen III    Josef Hovenjürgen MdL WK 72, Recklinghausen IV    Ulrich Meick WK 73, Recklinghausen V    Sascha Kurth WK 74, Gelsenkirchen I    Christina Totzeck WK 75, Gelsenkirchen II    Dr. Antoinette Buse MdL WK 76, Bottrop    Hendrik Wüst MdL WK 77, Borken I    Heike Wermer WK 78, Borken II    Wilhelm Korth WK 79, Coesfeld I – Borken III    Dietmar Panske WK 80, Coesfeld II



Christina Schulze Föcking MdL WK 81, Steinfurt I    Andrea Stullich WK 82, Steinfurt II    Felix Holling WK 83, Steinfurt III    Simone Wendland WK 84, Münster I    Dr. Stefan Nacke WK 85, Münster II    Daniel Hagemeier WK 86, Warendorf I    Henning Rehbaum MdL WK 87, Warendorf II    Bianca Winkelmann WK 88, Minden-Lübbecke I    Kirstin Korte MdL WK 89, Minden-Lübbecke II    Klaus Oehler WK 90, Herford I – Minden-Lübbecke III    Christian Bobka WK 91, Herford II – Minden-Lübbecke IV    Vincenzo Copertino WK 92, Bielefeld I    Ralf Nettelstroth MdL WK 93, Bielefeld II    Birgit Ernst WK 94, Gütersloh I – Bielefeld III    Raphael Tigges WK 95, Gütersloh II    André Kuper MdL WK 96, Gütersloh III



Heike Görder WK 97, Lippe I    Walter Kern MdL WK 98, Lippe II    Markéta Teutrine WK 99, Lippe III    Bernhard Hoppe-Biermeyer WK 100, Paderborn I    Daniel Sieveke MdL WK 101, Paderborn II    Matthias Goeken WK 102, Höxter    Helmut Diegel WK 103, Hagen I    Christian Brandt WK 104, Hagen II – Ennepe-Ruhr-Kreis III    Markus Pauli WK 105, Ennepe-Ruhr-Kreis I    Simon Nowack WK 106, Ennepe-Ruhr-Kreis II    Regina van Dinther MdL WK 107, Bochum I    Marcus Stawars WK 108, Bochum II    Dirk Schmidt WK 109, Bochum III – Herne II    Sven Rickert WK 110, Herne I    Uwe Wallrabe WK 111, Dortmund I    Magnus Espeloer WK 112, Dortmund II



Sarah Beckhoff WK 113, Dortmund III    Claudia Middendorf MdL WK 114, Dortmund IV    Bianca Dausend WK 115, Unna I    Marco Morten Pufke WK 116, Unna II    Ina Scharrenbach MdL WK 117, Unna III – Hamm II    Arnd Hilwig WK 118, Hamm I    Heinrich Frieling WK 119, Soest I    Jörg Blöming WK 120, Soest II    Thorsten Schick MdL WK 121, Märkischer Kreis I    Marco Voge WK 122, Märkischer Kreis II    Ralf Schwarzkopf WK 123, Märkischer Kreis III    Klaus Kaiser MdL WK 124, Hochsauerlandkreis I    Matthias Kerkhoff MdL WK 125, Hochsauerlandkreis II    Jens Kamieth MdL WK 126, Siegen-Wittgenstein I    Anke Fuchs-Dreisbach WK 127, Siegen-Wittgenstein I    Jochen Ritter WK 128, Olpe

„Ich will Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen werden!“ rief Armin Laschet den Vertreterinnen und Vertretern am Ende seiner Rede auf der Landesvertreterversammlung am 26. November 2016 in Mönchengladbach zu. Die Delegierten schenken ihm bei der Wahl zum Spitzenkandidaten der CDU Nordrhein-Westfalen für die Landtagswahl am 14. Mai 2017 mit 97,4 Prozent nicht nur ihr Vertrauen, sie gaben ihm auch ordentlich Rückenwind für den bevorstehenden Wahlkampf.

Nordrhein-Westfalen von den Schlusslichtplätzen zurück an die Spitze der deutschen Länder zu führen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass individueller Aufstieg wie-



**Familienmensch:** Armin Laschet mit seiner Frau Susanne und den Kindern Eva, Johannes und Julius.

der möglich ist, sind die zentralen Ziele von Armin Laschet. Geprägt hat ihn die Geschichte seines eigenen Vaters, der ursprünglich als Bergmann und Steiger im Aachener Revier arbeitete. Später, als der damalige CDU-Kultusminister Paul Mikat den Weg für Quereinsteiger in den Schuldienst eröffnete, erwarb Heinz Laschet die fachgebundene Hochschulreife, absolvierte ein Lehramtsstudium und wurde Grundschulrektor. Seinen vier Söhnen ermöglichte er, zu studieren.

Armin Laschet möchte, dass solche Aufstiegsgeschichten in Nordrhein-Westfalen nicht mehr die Ausnahme, sondern wieder die Regel werden. Dieser Gedanke prägt sein politisches Handeln von jeher. Über sein Engagement in der Schülervertretung und die katholische Jugendarbeit in seiner Heimatpfarre St. Michael in Aachen-Burtscheid kam er in die CDU. Nach dem Abitur 1981 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in München und Bonn und legte vor dem Oberlandesgericht Köln das erste juristische Staats-



**Musikliebhaber:** Mit seinem Freund Peter Maffay tauscht Armin Laschet auch schon einmal die Jacke.

examen ab. Anschließend arbeitete er als Bonner Korrespondent bayrischer Privatrundfunksender, als freier Mitarbeiter beim Bayerischen Rundfunk und als Redenschreiber der damaligen Präsidentin des Deutschen Bundestags, Rita Süssmuth.

Seiner Heimatstadt Aachen ist Armin Laschet trotz Studiums und beruflichen Engagements in München und Bonn stets treu geblieben. Bereits mit 28 Jahren zog er in den Aachener Stadtrat ein, in dem er sich 15 Jahre engagierte. Im Jahr 1991 wurde er Chefredakteur der Kirchenzeitung für das

Bistum Aachen und später Leiter und Geschäftsführer der Einhard-Verlags GmbH und kehrte somit auch beruflich nach Aachen zurück. Bei der Bundestagswahl 1994 wählten ihn die Aachenerinnen und Aachener direkt in den Deutschen Bundestag, wo sein Schwerpunkt die Europa- und Entwicklungspolitik war.

1999 wurde Armin Laschet Mitglied des Europäischen Parlaments, wo er sich fortan vor allem der Haushalts- und Außenpolitik widmete. Als Jürgen Rüttgers 2005 die 39 Jahre währende Regierungszeit der SPD an Rhein und Ruhr beendete und zum neuen Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens gewählt wurde, berief er Armin Laschet zum Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration in sein Kabinett. Mit der innovativen Einführung von Familienzentren, dem massiven Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und der gesetzlichen Regelung zur frühen Bildung setzte er prägende familienpolitische Akzente in Nordrhein-Westfalen. Als bundesweit erster Integrationsminister leistete er echte Pionierarbeit. Er förderte den interreligiösen Dialog und rief das „Netzwerk Integration durch Bildung“ ins Leben.

Nachdem die CDU 2010 in die Opposition zurückkehren musste, übernahm Armin Laschet die Aufgabe des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Landtagsfraktion. Nach der Niederlage bei der vorzeitigen Landtags-Neuwahl 2012 wählten ihn die Parteitagsdelegierten zum Landesvorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen. Im Anschluss an eine gründliche Aufarbeitung der Wahlniederlage begann eine Phase intensiver Aufbauarbeit. Mit der Ausarbeitung des ersten eigenen Grundsatzprogramms der NRW-CDU, an der sich über 3.000 Mitglieder beteiligten, stellte Armin Laschet den Landesverband auf eine neue programmatische Grundlage. Und seit er Ende 2013 den Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion von Karl-Josef Laumann, der nach der erfolgreichen Bundestagswahl

als Staatssekretär in die Bundesregierung berufen wurde, übernommen hat, zeigt er als Oppositionsführer im Landtag die vielen Fehlentwicklungen durch die rot-grüne Regierungspolitik auf und bringt gleichzeitig eigene Ideen und Initiativen für eine positive Entwicklung unseres Landes ein. Durch hunderte Termine bei Orts-, Stadt- und Kreisverbänden, bei Vereinigungen, Bürgerinitiativen, Vereinen, Kirchengemeinden, Verbänden und Gewerkschaften sowie zahlreichen Unternehmen im ganzen Land hat Armin Laschet in den vergangenen Jahren ein genaues Bild davon gewonnen, wo der Schuh im Land drückt. Darüber, dass Nordrhein-Westfalen bei fast jedem neuen Ländervergleich das Schlusslicht bildet und die rote Laterne trägt, ärgert er sich genauso wie die Menschen im Land. Vor allem in der Bildungs-, der Innen-, der Wirtschafts- und der Infrastrukturpolitik sieht er dringenden Handlungsbedarf und gleichzeitig das Potenzial, Nordrhein-Westfalen wieder auf die Überholspur zu bringen und für eine positive Entwicklung unseres Landes und gute Zukunftsperspektiven für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu sorgen.

**Armin Laschets Ziel ist: Nordrhein-Westfalen wieder zum Aufsteigerland zu machen!**



**Minister:** Als Minister für Generationen, Frauen, Familie und Integration führte er das Kinderbildungsgesetz ein und gründete das Erfolgsprojekt Familienzentren in Nordrhein-Westfalen. Das Gesetz förderte die frühe Bildung von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. (Foto: Sondermann)



**NRW vor Ort:** Seit seiner Wahl zum Landesvorsitzenden ist Armin Laschet viel im Land unterwegs. Dabei geht es, wie hier im September 2012 bei Prosper-Haniel, auch schonmal unter Tage.

## ÜBER ARMIN LASCHET

- Armin Laschet wurde am 18. Februar 1961 in Aachen geboren.
- Er ist seit 1985 verheiratet und hat drei Kinder.
- Laschet liest gerne Krimis und historische Bücher. Aktuell liest er den Thriller „Dunkelmacht“ von Harald Lüders.
- Der Tatort gehört für Armin Laschet zum Sonntagabend.
- Er mag italienische Opern von Verdi, Symphonien von Mozart, Beethoven und Mendelsohn Bartholdy und aktuelle Musik bspw. von Amy Mcdonald.
- Schon als Junge hat er begeistert Fußball gespielt. Als Lokalpatriot ist er Fan von Alemannia Aachen, auf deren Wiederaufstieg er hofft.
- Sein bevorzugter Urlaubsort ist seit vielen Jahren der badische Teil des Bodensees. Gerne reist er nach Italien, besonders nach Umbrien, Rom oder Venedig, je nach Jahreszeit. Für Kurzausflüge geht es auch immer wieder nach Walcheren in den Niederlanden.

**Armin Laschet.**  
**UNSER SPITZENKANDIDAT!**

## 12 Fragen an Wolfgang Bosbach

**Wolfgang Bosbach**, Jahrgang 1952, ist seit 1972 Mitglied der CDU. Nach der Schule absolvierte er eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann und leitete zwei Jahre lang einen Supermarkt. Sein Abitur machte er auf dem zweiten Bildungsweg, studierte anschließend Jura in Köln und ist seit 1991 als Rechtsanwalt zugelassen. Seit 1994 ist der verheiratete Vater von drei Töchtern Mitglied des Deutschen Bundestags, seinen Wahlkreis im Rheinisch-Bergischen gewann er jeweils direkt. Von 2000 bis 2009 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 2009 bis 2015 Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Wolfgang Bosbach kandidiert nicht erneut für den Deutschen Bundestag.

### Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Mit einer Mischung aus „Carpe diem“ und „Hoffentlich schaffe ich all' das, was ich mir für heute vorgenommen habe...!“

### Welches Lied singen Sie gerne?

„Unser Stammbaum“ (Bläck Fööss). Ein Loblied auf gelungene Integration – auf kölsch.

### In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

James Bond – schon wegen der Filmpartnerinnen...

### Was ist Ihre größte Schwäche?

Meine Rückhand! Da muss ich ab Oktober 2017 unbedingt was dran tun.

### Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Zurzeit nur zwei: „Lunapark“ (Volker Kutscher) und „Totenfänger“ (Simon Beckett).

### Was können Sie besonders gut kochen?

Äh, tja, also, ähem Kaffeewasser.

### Wie können Sie am besten entspannen?

Bei einem richtig anstrengenden Tennismatch, am Strand mit einem guten Krimi – oder gemütlich in der Sauna.

### Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

An der Côte d'Azur! Mit Blick auf den Kölner Dom.

### Sie sind Mitglied der Kölner Haie und des FC Bundestag.

#### Was ist Ihr Lieblingssport?

Seit Jahrzehnten Tennis, seit Neuestem Golf. Habe ich bislang nicht für Sport gehalten, sondern für eine Art „Spazierengehen nach Regeln“. Junge, Junge, wie kann man sich doch täuschen. Von Schlag zu Schlag werde ich demütiger.

### Sie sitzen seit 1992 im Bundestag. Was würde Wolfgang Bosbach heute machen, wenn er nicht Politiker geworden wäre?

Genau das, was er seit 26 Jahren macht, aber seit 1994 nur noch in sehr geringem Maße: Als Rechtsanwalt in Bergisch Gladbach, in der Kanzlei Winter Rechtsanwälte arbeiten.

### Sie kandidieren 2017 nicht mehr für den Bundestag. Werden Sie das Parlament vermissen?

Einiges ganz bestimmt, anderes bestimmt nicht. Stundenlange Debatten, bei denen ich schon nach 10 Minuten weiß, dass da nix Vernünftiges bei herauskommt – die werde ich ganz sicher nicht vermissen.

### Was werden Sie mit all' der neugewonnenen Freizeit machen?

Dann habe ich endlich mal viel Zeit, Fragebögen ganz ausführlich zu beantworten. Ne, im Ernst: Mehr Zeit mit Familie und Freunden verbringen und viel reisen. Ich habe von der Welt noch nicht viel gesehen, da gibt es also noch eine ganze Menge zu entdecken.

Foto: Esser

## 12 Fragen an Isabell Werth

**Isabell Werth**, Jahrgang 1969, ist mit insgesamt zehn Medaillen bei Olympischen Spielen sowie zahlreichen Medaillen bei Welt-, Europa- und Deutschen Meisterschaften die weltweit erfolgreichste Reiterin und Dressurreiterin. Neben dem Reitsport, mit dem sie als Kind auf dem Bauernhof ihrer Eltern begann, studierte sie nach ihrem Abitur Jura und schloss mit dem 2. Staatsexamen ab. Nach Tätigkeiten als Anwältin und Sponsoring-Beauftragte machte sich die Rheinbergerin, die seit 2014 Mitglied der CDU ist, mit ihrem eigenen Turnier- und Ausbildungsstall in ihrer Heimat selbständig.

### Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

„Machen!“

### Welches Lied singen Sie gerne?

Ist absolut stimmungabhängig, vom Kinderlied über Schlager bis hin zu einem aktuellen Song ist alles Mal vertreten. Vorrangig im Auto wo es bis auf meinen Sohn niemand hört.

### In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

Ist kein Kinofilm, aber in dem Film „Der kleine Lord“.

### Was ist Ihre größte Schwäche?

Kinder und Pferde.

### Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

„Wer den Wind sät“ und die Biografie von Horst Hrubesch. Nur schlafe ich leider zu häufig abends ein.

### Was können Sie besonders gut kochen?

Kaffee!

### Wie können Sie am besten entspannen?

In der Badewanne.

### Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

In der Schweiz.

### Wenn Sie aktive Politikerin wären, welches Politikfeld würde Ihnen besonders am Herzen liegen?

Sicherheit und Sport.

### Gibt es Parallelen zwischen dem Dressursport und der Politik?

Ja, man muss gut aussitzen können.

### Olympia in Nordrhein-Westfalen – eine gute Idee?

Ja, eine großartige Idee für Deutschland.

### Was muss geschehen, damit NRW endlich wieder ein Medaillenkandidat ist?

Weniger Verwaltung, sondern mehr die Kernthemen der Zukunft wie Bildung, Technologie und Sicherheit vorantreiben. Die Qualität und Leistungsfähigkeit der Schulen, auch in der sozialen Kompetenz, muss sich deutlich verbessern. Niemals haben sich die Menschen in Deutschland, in NRW, so unsicher auf unseren Straßen gefühlt. Mehr Prävention und visuelle Wahrnehmung der Polizei sind unbedingt geboten.

Foto: Schupp

# Ralf Jäger

## NRWs eigentliches Sicherheitsproblem



Es ist ein Szenario, an das sich Innenminister Ralf Jäger gewöhnt haben dürfte: Deutschland blickt auf Nordrhein-Westfalen, wieder ist ein Unglück passiert, wieder entwickelt sich NRW zum Hauptschauplatz der Ereignisse, wieder muss er sich erklären.

An das Reaktionsmuster haben sich die Bürgerinnen und Bürger gewöhnt: Herr Jäger wirft mit Nebelkerzen um sich. Wie sonst auch, meint er, die anderen seien schuld! Im Fall Amri sind das die Berliner, der Bund, die schwierige Situation. In seinem Zuständigkeitsbereich, glaubt er, seien keine Fehler gemacht worden. Tatsächlich?

### Amri hätte verhaftet werden können

**Fakt 1:** Sein Innenministerium und damit auch die dortige Sicherheitskonferenz waren von Anfang bis Ende des Aufenthalts von Anis Amri für den Attentäter zuständig. In Nordrhein-Westfalen war Amri zuletzt gemeldet, Jägers Innenministerium wurde konsultiert, nachdem die Polizei Amri mit gefälschten Papieren aufgegriffen hatte. In einer Sondersitzung des nordrhein-westfälischen Landtags sagte Jäger, die Behörden hätten ihr Äußerstes getan, man sei „an die Grenzen des Rechtsstaates“ gegangen.

**Fakt 2:** Herr Jäger tut so, als wäre der Rechtsstaat nicht in der Lage gewesen, die Menschen vor einem den Behörden bekannten und beobachteten Gefährder, dessen Asylantrag abgelehnt wurde, zu schützen.

Tatsache ist aber, dass diese – seine – Behörden schon vor dem Anschlag wussten, dass Amri, der im Kreis Kleve gemeldet war, sich frei im Bundesgebiet bewegte. Das Aufenthaltsgesetz sieht in solchen Fällen aber vor, dass eine Abschiebungsanordnung erlassen werden kann. Das hätte zur Folge gehabt, dass für Amri verschärfte Melde- und Residenzpflichten gegolten hätten, sogar Kontaktverbote ermöglicht worden wären. Amri hätte so nicht ohne weiteres in Baden-Württemberg oder Berlin auftauchen können. Und hätte er diese Auflagen missachtet, hätte er sich strafbar gemacht. Man

hätte ihn schon dafür dann in Untersuchungshaft nehmen können. Geschehen ist aber nichts, weil Jäger eben diese Abschiebungsanordnung nicht erlassen hat.

**Fakt 3:** Herr Jäger hätte die Möglichkeit gehabt, eine Abschiebe- bzw. Sicherungshaft anzuordnen. Auch dafür bietet das Ausländerrecht die gesetzliche Grundlage. Haftgründe hätte es gleich mehrere gegeben:

1. Amri war quer durch Deutschland gereist, hatte sein Bundesland widerrechtlich verlassen, womit Fluchtgefahr bestand.
2. Amri hatte seine Abschiebung selbstverschuldet behindert. Er hatte keine Ausweispapiere und versucht, seine Identität mit über einem Dutzend Alias-Namen zu verschleiern.
3. Amris Identität wurde von Interpol und den tunesischen Behörden Ende Oktober 2016 bestätigt. Auch dieser Umstand hätte eine Sicherungshaft ermöglicht, weil seine Abschiebung bevorstand und auch deswegen Fluchtgefahr bestand.

Aber auch hier: Herr Jäger handelte nicht!

**Fakt 4:** Gegen Anis Amri lief ein Verfahren wegen Sozialbetrugs. Das Landeskriminalamt erstattete gegen Amri wegen des Verdachts auf Sozialbetrug Anzeige, die Staatsanwaltschaft Duisburg eröffnete auch ein Strafverfahren. Ein Haftbefehl wurde allerdings nicht beantragt. Warum nicht? Wusste die Staatsanwaltschaft nicht, mit wem sie es zu tun hatte? Tatsache ist, dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden ist. Herr Jäger hätte bei Justizminister Kutschaty darauf drängen können, dass hier ein Haftbefehl beantragt wird! Tatsache ist nämlich auch: Bilal A., ein wichtiger Kontaktmann von Anis Amri, wurde kürzlich unter den gleichen Bedingungen in Berlin inhaftiert.

### Jäger hat die Gefahr nicht erkannt

Warum handelte Herr Jäger nicht? War ihm die Gefahr nicht bewusst? Und: Was verbirgt er? In seinen Äußerungen ver-

steift sich der Innenminister auf den Standpunkt, dass er nicht handeln konnte, weil eine Abschiebehaft generell unzulässig sei, wenn nicht dargelegt werden könne, dass die Abschiebung innerhalb der nächsten drei Monate durchgeführt werden kann. Amris Papiere waren nicht da. Aber selbst wenn man dieser Argumentation folgen wollte, bleibt ungeklärt, warum sich Jäger schon vorher für Amri einsetzte: Denn bereits im Sommer 2016 saß der spätere Attentäter in der JVA Ravensburg in Abschiebehaft. Damals entschied nicht ein Richter, sondern das Innenministerium von Herrn Jäger, dass diese Abschiebehaft nicht verlängert werden könne. Einem Richter wurde dies nicht zur Entscheidung vorgelegt. Anstatt die „Grenzen des Rechtsstaats“ auszuloten, wurde er in diesem Fall umgangen. Hier spielte eine Behörde Gericht.

Dass eine gerichtliche Überprüfung aber durchaus Erfolg gehabt haben könnte, bestätigte der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Jens Gnisa, in einem Interview mit den ARD-Tagesthemen. Auf die Frage, ob man Anis Amri nicht schon auf der jetzigen Rechtsgrundlage länger hätte festhalten können, weil er seine Abschiebung selbst mit verschiedenen Alias-Namen bzw. verschiedene Identitäten verhindert hatte, sagte Gnisa: „Nun, diese Auffassung lässt sich in der Tat vertreten. Es gibt eine Vorschrift, die besagt, man darf jemanden nicht länger als drei Monate in Abschiebehaft nehmen, wenn von vorneherein klar ist, dass es keine Passersatzpapiere in dieser Zeit gibt. Aber diese Dreimonatsfrist gilt nur dann, wenn den Ausländer, wenn ihn kein Verschulden trifft. Und das kann man in der Tat diskutieren. Amri hat sich als Ägypter ausgegeben, er hatte 14 verschiedene Identitäten angenommen, er hat seiner schon bestehenden Residenzpflicht nicht entsprochen. Also das spricht für Verschleierung.“

Herr Jäger aber glaubte, alle Antworten zu kennen. Auf die Frage nämlich, weshalb es keine gerichtliche Überprüfung gab, behauptete er, dass seine Behörde keine gesicherten Erkenntnisse gehabt habe, sondern es sich lediglich um „Hörensagen“ gehandelt habe. Hörensagen? Die Behörden wussten,

- dass Amri gewaltbereit und islamistisch radikalisiert war,
- dass Amri sich dem IS als Selbstmordattentäter angeboten hatte,
- dass Amri einem V-Mann gesagt hatte, er wolle im Namen Allahs töten,
- dass Amri sich nach Schusswaffen und der Herstellung von TNT erkundigt hatte,
- dass Amri unter 14 verschiedenen Alias-Namen unterwegs war,
- dass Amri hochmobil zwischen den Bundesländern pendelte,
- dass Amri Sozialbetrug begangen hatte.

Sieben Mal war Amri Gegenstand der Beratungen des GTAZ, des Gemeinsamen Terror-Abwehrzentrums des Bundes und der Länder gewesen. Und der Landesinnenminister will uns weismachen, man habe im Grunde nichts gewusst?

### Kraft schaut tatenlos zu

Und was macht die Ministerpräsidentin? Auch sie macht das, was sie immer tut: erst einmal nichts. Wochenlang sagte sie nichts. Dann zeigte sie sich erschüttert und versprach Aufklärung. Sie machte sich die Rechtsauffassung ihres Innenministers zu Eigen. Natürlich verspricht sie Aufklärung. Weil aber auch sie wissen muss, dass das für ihren (um seine politische Existenz kämpfenden) Innenminister nicht gut ausgehen würde, schlägt sie ein Mittel vor, von dem sie weiß, dass es nicht funktionieren kann: eine externe Begutachtung. Dafür gibt es keine gesetzliche Grundlage, Akteneinsicht könnte verwehrt werden. Die Begutachtung müsste auch nicht öffentlich erfolgen, und eine Befragung durch die Opposition und die Medien wäre auch nicht möglich. Das Parlament, das der Ort der politischen Aufklärung sein muss, will Kraft so übergehen. Da wo sie verpflichtet wäre, sich zu erklären, Auskunft zu erteilen und tatsächlich aufzuklären, da traut sie sich nicht hin. Sie spielt auf Zeit. Das wird man ihr nicht durchgehen lassen.

**Fakt ist:** Anis Amri hätte festgesetzt werden können. Es geschah nicht, weil Herr Jäger seinen Job nicht gemacht hat. Genau wie bei den Übergriffen auf Flüchtlinge in Burbach, bei den Hooligan-Ausschreitungen in Köln und bei der verheerenden Silvesternacht 2016 – Frau Kraft schaut tatenlos zu. All diese Skandale geschehen, weil Frau Kraft ihm das immer und immer wieder durchgehen lässt. Und das ist das eigentliche Sicherheitsproblem in Nordrhein-Westfalen.



von Isabelle Fischer



Foto im Hintergrund: Andrea Damm/pixelio.de, Foto in Lupe: Chaperon, Lupe: Shutterstock

## Löttgens Lupe

**Scheinriese**, der, *Substantiv, m.*: Figur aus dem Kinderbuch „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“. Als Schlagwort auch verwendet für jemanden, der fälschlicherweise oder unberechtigt groß, stark oder mächtig erscheint.

Erinnern Sie sich noch an Herrn Tur Tur? Im Kinderbuch von Michael Ende verirren sich Jim Knopf und Lukas in der Wüste. Am Horizont bemerken sie eine riesige Gestalt, vor der sie sich fürchten. Je näher sie jedoch kommen, erweist sie sich als ein Mann von ganz normaler Größe, der sich als „Herr Tur Tur“ vorstellt.

Ähnlich geht es mir, wenn ich auf Projekte, Vorhaben und Pläne unserer rot-grünen Landesregierung schaue. Mit Abstand betrachtet, wirken einige wie respekteinflößende Vorhaben. Aber je näher man ihnen kommt, umso mehr schrumpfen sie; manche kann man ohne Distanz kaum noch erkennen.

„Kein Kind zurücklassen“, das zentrale Versprechen beim Amtsantritt der Ministerpräsidentin, die von ihr angekündigte Digitaloffensive „MegaBits. MegaStark“ oder das „Maßnahmenpaket für mehr Innere Sicherheit“ sind solche ~.

Unmittelbar nach der Verkündung: Viel Respekt, sich diesen großen Vorhaben zuzuwenden. Nach einiger Zeit: Irritationen, dass kein Fortschritt erkennbar ist. Heute: Berechtigte Enttäuschung und Verärgerung. Keines der versprochenen großen Vorhaben der Hannelore Kraft und ihrer rot-grünen Regierung wurde auch nur ansatzweise verwirklicht. Schlimmer noch: Nach sechs Jahren Rot-Grün ist die Kinderarmut in NRW höher als in allen anderen westdeutschen Ländern. 36.500 Kinder mehr als noch 2011 müssen heute von Hartz IV leben. Es bleibt die ebenso ernüchternde wie enttäuschende Feststellung, dass dieses Vorhaben genauso gescheitert ist, wie die vollmundige Ankündigung, bis 2018 die noch fehlenden Kommunen im ländlichen Raum an das Hochgeschwindigkeits-Internet anzuschließen oder das Versprechen, mehr Polizei auf die Straße zu bringen und Abschiebehindernisse zu beseitigen.

Trotz einiger Übereinstimmungen zwischen der Figur des ~ im Kinderbuch und den rot-grünen Vorhaben gibt es einen wichtigen Unterschied. Im Kinderbuch ist der ~ aus der Ferne betrachtet erschreckend und erweist sich von Nahem als sympathisch. Bei Rot-Grün ist es umgekehrt.

Es wird Zeit, im Land wieder Politik zu machen, die, auch aus der Nähe betrachtet, hält, was sie verspricht. Dafür stehen die CDU Nordrhein-Westfalen und ihr Spitzenkandidat Armin Laschet! ■

## KOMPETENZ RUND UM IHRE GESUNDHEIT

### BESTE BERATUNG, SCHNELLE UND SICHERE VERSORGUNG

Hinter jeder der rund 4.400 Apotheken in NRW steht eine hochdifferenzierte, vielseitige und weitreichende pharmazeutische Dienstleistung, ohne die es eine gesicherte Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten und Hilfsmitteln nicht gäbe! Apotheken sind soziale Drehscheiben vor Ort und wichtiger Vertrauenspartner für Gesundheit, Vitalität und Wohlbefinden eines jeden Bürgers.

- » 800.000 Kunden in NRW täglich
- » 4.000 Menschen nutzen den Notdienst Nacht für Nacht
- » 60.000 Lieferungen ins Haus täglich
- » 4 Mio. individuell im Apothekenlabor hergestellte Arzneimittel jährlich
- » Wohnortnaher Arbeitgeber mit insgesamt 34.500 Beschäftigten in unserem Bundesland

**IMMER FÜR SIE DA – BERUHIGEND NAH.**

*Ihre Apotheken in Nordrhein-Westfalen*



Näher am Patienten.

[www.wir-sind-ihre-apotheken.de](http://www.wir-sind-ihre-apotheken.de)

**Ich mach mehr für NRW als nur ein Kreuz**

Name		Vorname		Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer		Postleitzahl	Ort	
Geburtsdatum	Telefonnummer		E-Mail-Adresse	
<input type="checkbox"/> Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial – auch per E-Mail – genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.				
<small>Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von: (zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)</small>				
Ort, Unterschrift, Datum				

Im frankierten Kuvert an: **CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf**  
Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter [cdu.nrw/mitgliedwerden](http://cdu.nrw/mitgliedwerden).



**Ich mach mehr für NRW als nur ein Kreuz**

Name		Vorname		Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer		Postleitzahl	Ort	
Geburtsdatum	Telefonnummer		E-Mail-Adresse	
<input type="checkbox"/> Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial – auch per E-Mail – genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.				
<small>Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von: (zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)</small>				
Ort, Unterschrift, Datum				

Im frankierten Kuvert an: **CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf**  
Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter [cdu.nrw/mitgliedwerden](http://cdu.nrw/mitgliedwerden).



**Ich mach mehr für NRW als nur ein Kreuz**

Name		Vorname		Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer		Postleitzahl	Ort	
Geburtsdatum	Telefonnummer		E-Mail-Adresse	
<input type="checkbox"/> Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial – auch per E-Mail – genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.				
<small>Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von: (zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)</small>				
Ort, Unterschrift, Datum				

Im frankierten Kuvert an: **CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf**  
Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter [cdu.nrw/mitgliedwerden](http://cdu.nrw/mitgliedwerden).

